

9. Chronologie der Europäischen Integration 1987

Januar

Ministerrat

1. Januar: Der Ratsvorsitz geht vom Vereinigten Königreich an Belgien über.

Frankreich

1. Januar: Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, tritt das Amt des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten an, der im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit die Interessen der elf Bundesländer koordiniert.

5. Januar: Der französische und der deutsche Postminister beschließen, um den bilateralen Dissens beider Länder über die unterschiedlichen Bildschirmtextsysteme auszuräumen, die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die bis Mai ihre Vorschläge vorlegen soll; bis dahin wird Frankreich seine bei der Kommission der EG eingereichte Klage gegen die Bundesrepublik ruhen lassen.

Haushalt

9. Januar: Die Präsidenten des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Rates erörtern auf einem informellen Treffen Möglichkeiten zur Überwindung der Haushaltskrise der Gemeinschaft.

Reform der EG

9. Januar: Auf Wunsch des Europäischen Rates vom Dezember 1986 in London tritt Kommissionspräsident Jacques Delors seine 'Reise in die Hauptstädte' an, auf der er die Regierungen der Mitgliedstaaten auf die Probleme der künftigen Finanzierung der Gemeinschaft, der Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Reform der Strukturfonds aufmerksam machen und ihnen die Leitlinien der Kommission darlegen soll: 9. (Ita-

lien), 12. (Belgien), 16. (Portugal), 17. (Spanien), 20. (Luxemburg), 22./23. (Frankreich) und 30. Januar (Kopenhagen).

Europäisches Währungssystem

11./12. Januar: Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Mitgliedsländer des EWS beraten die Wechselkursanpassungen im EWS, die gegenseitige Stützung ihrer Währungen und einigen sich auf eine Aufwertung der D-Mark und des Niederländischen Guldens um 3%, des Belgischen und Luxemburgischen Francs um 2%. Alle anderen am EWS beteiligten Währungen (Französischer Francs, Dänische Krone, Italienische Lira, Irisches Pfund) bleiben unverändert.

Umweltpolitik

15. Januar: Die Kommission beschließt nach 1977 und 1979 ihren dritten Bericht über den Zustand der Umwelt in der Gemeinschaft zu veröffentlichen.

USA

15. Januar: Der Ausschuß der Ständigen Vertreter beschließt als Reaktion auf die von den Vereinigten Staaten verhängten Zölle auf EG-Waren, amerikanischen Maiskleber und Reis mit zusätzlichen Einfuhrabgaben von jeweils 42 bis 55 ECU pro Tonne zu belasten.

Japan

15./16. Januar: Der japanische Postminister Kurasawa stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Harmonisierung der Fernmeldeurteile, die Informationstechnologien und das hochauflösende Fernsehen sowie über den Kauf von Fernmeldeausstattungen durch Japan.

UdSSR

15./16. Januar: Eine sowjetische Delegation statet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Modalitäten der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EG und der UdSSR.

Haushaltspolitik

16./17. Januar: Der Ministerrat für Haushaltsangelegenheiten kann sich auf seiner Tagung in Brüssel nicht auf einen Beschluß über das Berichtungsschreiben der Kommission zum Haushaltsplan 1987 einigen und beschließt zur Dekung des Bedarfs an Verwaltungsmitteln die entsprechenden Zwölfel-Anteile zu genehmigen. Weiteres Beratungsthema ist der Handelskonflikt zwischen der EG und den Vereinigten Staaten.

Europa der Bürger /Binnenmarkt

19. Januar: Die Kommission übermittelt dem Rat eine Mitteilung über die neuen Kartenzahlungssysteme.

Agrarpolitik

19.-21. Januar: Der Rat der Landwirtschaftsminister stimmt auf seiner Tagung in Brüssel einem Vorschlag der Kommission zu, mit dem die Auswirkungen der Neufestsetzung der Wechselkurse durch die Anwendung der bereits festgesetzten Währungsausgleichsbeträge (WAB) ab dem 22. Januar 1987 und der schrittweise Abbau der negativen WAB auf dem Rindfleischsektor ausgeglichen werden sollen. Mit qualifizierter Mehrheit stimmt der Rat den geschätzten Bilanzen im Rindfleischsektor zu und beschließt, bis zum 31. März 1987 den von der Kältewelle am stärksten betroffenen Personen kostenlos bestimmte landwirtschaftliche Produkte zur Verfügung zu stellen, sowie über weitere Fragen im Agrarbereich, in der Fischerei- und Haushaltspolitik.

Europäisches Parlament

19. - 23. Januar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Im dritten Wahlgang wird der Brite Sir Henry Plumb am 20. Januar zum neuen Präsidenten des EP gewählt. In seiner Rede verpflichtet er sich, sicherzustellen, den institutionellen Rahmen der Gemeinschaft durch die Stärkung der demokratischen Rolle des Parlaments zu festigen und fordert den Rat auf, einer kleinen Erhöhung der Zuwachsrate bei den Haushaltsmitteln zuzu-

stimmen, um den Haushalt verabschieden zu können. Am 22. Januar stellt der amtierende Ratspräsident, der belgische Außenminister Leo Tindemans, das Programm der belgischen Präsidentschaft vor, die sich darum bemühen werde, die Einheitliche Europäische Akte zur Anwendung zu bringen, wobei er besonders begrüßt, daß im Rat nun mehr Entscheidungen mit Mehrheitsabstimmungen getroffen werden können, sowie die Schaffung des Binnenmarktes bis 1992 und betont, daß es in Zeiten, in denen auf nationaler Ebene Haushaltskürzungen vorgenommen würden, keine neuen Ressourcen für die Gemeinschaft ohne die Einhaltung der Haushaltsdisziplin geben werde; dies gelte nicht nur für den Rat, sondern auch für das Parlament.

Die Abgeordneten verabschieden Entschließungen zu den Beziehungen EG - Mittelamerika, zur Koordinierung der Währungspolitik zur Stärkung des EWS, verbesserte Zusammenarbeit mit Lateinamerika, zu einer Gemeinschaftsstrategie für den Automobilsektor und die Schaffung eines Binnenmarktes im Dienstleistungsbereich, fordern den Rat auf, so bald wie möglich das mehrjährige Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung zu verabschieden, sprechen sich mit 177 gegen 69 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und parallel dazu mit dessen europäischen Mitgliedsländern aus, unterstützen die feste Haltung der Kommission im Handelsstreit mit den USA und lehnen den Abschluß gesonderter bilateraler Abkommen ab.

Drogenbekämpfung

20./21. Januar: In London beschließt die aus 16 europäischen Staaten gebildete Pompidou-Gruppe, der für die Drogenberatung zuständigen Minister ein Aktionsprogramm, das die Schaffung von Gesetzen vorsieht, die eine Beschlagnahme der im Drogenhandel erzielten Gewinne, stärkere Überwachung der Häfen und besser Möglichkeiten zur Bekämpfung des Hochseeschmuggels mit Drogen, größeren Informationsaustausch auch über die Behandlung und Reintegration von Drogensüchtigen, Koordinierung der Grenzüberwachung ermöglichen.

Türkei

22. Januar: Die Kommission und die türkische Regierung paraphieren das Protokoll zur Anpas-

sung des Assoziierungsabkommens EWG - Türkei nach dem Beitritt Griechenlands.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

26./27. Januar: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Beziehungen zu den USA, die Mittelmeerpolitik, die Tagung des Kooperationsrates EWG-Israel, den Haushaltsplan 1987, erklärt sich mit den Verordnungsvorschlägen einverstanden, wonach ein System zum Ausgleich von Ausfällen in den Ausfuhrerlösen bei landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen zugunsten der am wenigsten entwickelten Nicht-AKP-Staaten geschaffen werden soll und faßt Beschlüsse zur Drogenbekämpfung, zum Schiffbau und zur Zollunion.

Am Rande der Tagung beraten die Außenminister im Rahmen der EPZ den Konflikt zwischen Iran und Irak und geben eine Erklärung dazu ab.

Europarat

26. - 30. Januar: Die Parlamentarische Versammlung tagt in Straßburg. Der französische Premierminister verteidigt in einer Rede die von Frankreich eingeführte Visumpflicht für Staatsangehörige aus einigen Mitgliedsländern, die bei der Eröffnungssitzung kritisiert wurde, als für die Bekämpfung des Terrorismus notwendig, lobt den Europarat als die „große politische Organisation“ der 21 europäischen Demokratien und kündigt an, Frankreich werde seine Bemühungen zur Respektierung der Menschenrechte im Ostblock fortsetzen und sich nicht mit der Teilung von Völkern und der Trennung von Familien abfinden. Der türkische Außenminister, Vahit Halefogul, erklärt, daß die Türkei noch im Laufe des Jahres offiziell den Antrag auf Aufnahme in die EG stellen wird und er werte den Beschluß seiner Regierung, das Individualklagerecht für Türken vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte zuzulassen als Zeichen dafür, daß die Türkei verstärkt in allen europäischen Institutionen mitwirken wolle, denn die Westintegration der Türkei sei politisch, wirtschaftlich und militärisch als Ganzes zu betrachten. Kronprinz Hassan von Jordanien forderte neue Friedensinitiativen im Nahen Osten, damit den Gefahren durch „blinde Fanatiker und Terroristen“ begegnet werden kann. In einer Dringlichkeitsdebatte bringt die Versammlung ihre Sorgen wegen der Rheinverschmutzung zum Ausdruck, dringt in einer Empfehlung darauf, die Konven-

tion zum Schutz der internationalen Fließgewässer aufzulegen, führt in einer Entschliebung zur Lage der baltischen Völker die Verletzungen internationaler Abkommen durch die Sowjetunion auf, fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, beim Wiener KSZE-Folgetreffen auf diese aufmerksam zu machen und eine Anpassung der europäischen Landwirtschaft an die veränderten Gegebenheiten in Produktion, Vermarktung und landwirtschaftlichen Einkommen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

28./ 29. Januar: Der WSA verabschiedet auf seiner 243. Plenartagung Stellungnahmen über den Zugang zu den Gerichten in internationalen Fällen, die MwSt-Regelung für Klein- und Mittelunternehmen, das Programm Sprint, das Erasmus-Programm und den Weinmarkt.

USA

29. Januar: Im Handelsstreit zwischen der EG und den USA wird eine Einigung erzielt, nach der die EG für die USA abschöpfungsbegünstigte Einfuhrkontingente für den spanischen Markt für 2 Mio. Tonnen Mais und 300.000 Tonnen Sorghum öffnet, die Lieferungen von Maiskleber, Brauereimelasse und Zitruschalen auf die Freikontingente anrechnet, auf die Reservierung von 15% des portugiesischen Marktes für EG-Lieferanten verzichtet und die USA Kontingenteregulungen für Bier, Weißwein, Apfelsaft, Bonbons und Schokolade aufheben.

Europäisches Film- und Fernsehjahr 1988

30. Januar: Der Lenkungsausschuß für das Europäische Film- und Fernsehjahr 1988 kommt unter dem Vorsitz von Simone Veil in Rom zusammen.

Februar

AKP

2. - 6. Februar: Die paritätische Versammlung AKP - EWG verabschiedet auf ihrer ersten Tagung im Jahr 1987 den Gesamtbericht für 1987 und Berichte zu der Frau, der Bevölkerung im Entwicklungsprozeß und die Verschuldungsprobleme in den AKP-Ländern.

Arabische Liga

3. Februar: Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Chedli Klibi, erörtert mit dem amtierenden

Ratspräsidenten, Leo Tindemans, die Lage im Nahen Osten.

Reform der EG /Binnenmarkt

5. Februar: Kommissionspräsident Jacques Delors setzt seine im Januar begonnene 'Reise in die Hauptstädte Europas' fort: 5. (Vereinigtes Königreich und Irland), 11. (Griechenland) und 13. Februar (Bundesrepublik Deutschland).

Peru

6./ 7. Februar: Kommissionsmitglied Claude Cheysson stattet einen offiziellen Besuch in Peru ab und führt Gespräche über bilaterale Probleme, insbesondere über die Auslandsverschuldung Perus, die Entwicklung der Contadora-Initiative und die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und dem Andenpakt.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

9. Februar: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen genehmigt auf seiner Tagung in Brüssel einen Kompromiß über die Leitlinien für Ausfuhrkredite, berät über die wirtschaftliche Lage in der Gemeinschaft und faßt Beschlüsse in den Bereichen Forschung, GATT, Haushalt und Handelspolitik.

Außenbeziehungen

9./ 10. Februar: Auf der dritten Ministerkonferenz der EG, der Staaten Zentralamerikas und der Contadora-Gruppe in Luxemburg verabschieden die Teilnehmer eine gemeinsame politische Erklärung und ein gemeinsames Wirtschaftskommuniqué.

Agrarpolitik

9./10. Februar: Der Rat der Landwirtschaftsminister billigt auf seiner Tagung in Brüssel die Ausfuhrbedingungen für die Reform des Rindfleischmarktes, deren Geltungsdauer auf den 31. 12. befristet ist, einigt sich auf einen Dringlichkeitsplan in Höhe von 3,2 Mrd. ECU zum Abbau der Butterbestände mittels subventionierten Exports, Verfütterung, industrieller Verwendung und Sozialprogrammen, faßt Beschlüsse zur Fischerei, Nahrungsmittelhilfe und EGKS und einigt sich nicht bei den soziostrukturellen Maßnahmen im Milchsektor.

Afrika

12. Februar: Der Vorsitzende der Organisation der Afrikanischen Einheit, Denis Sassou-Nguesso erörtert anläßlich eines Besuchs der Kommission in Brüssel mit dessen Präsident Jacques Delors die Lage im südlichen Afrika und die Verschuldung der afrikanischen Staaten, wobei Sassou-Nguesso die europäischen Sanktionen gegen Südafrika als ungenügend bezeichnet und die EG darum ersucht, die Nachbarstaaten Südafrikas wirtschaftlich unabhängiger zu machen.

Haushaltspolitik

12./13. Februar: Der Ministerrat für Haushaltsangelegenheiten einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel auf einen Haushaltsentwurf für 1987, dessen Gesamtvolumen 36,31 Mio. ECU beträgt, was eine Erhöhung um 4,7 Mio. ECU bedeutet, wobei der Höchststeigerungssatz bei den nichtobligatorischen Ausgaben 8,149% beträgt, der damit gerundet auf den nach der Haushaltsdisziplin vorgeschriebenen 8,1% bleibt; ferner wird eine Negativreserve an Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 181 Mio. ECU und an Zahlungsermächtigungen in Höhe von 89 Mio. ECU eingesetzt.

Umweltpolitik

13. Februar: Der Ministerrat für Umweltfragen berät auf einem informellen Treffen über die Vereinheitlichung von Grenzwerten für Autoabgas- und Industrieemissionen.

Frankreich

13. Februar: Der französische Premierminister Jacques Chirac weilt in Toulouse das neue europäische Airbus-Flugzeug A-320 ein.

Agrarpolitik

15. Februar: Die Kommission einigt sich auf die Agrarpreisvorschläge für 1987/88, die besagen, daß bei Getreide die Preise für Weichweizen um 8%, bei Mais, Gerste, Roggen und Hirse um 2,5% und für Hartweizen um 4,7% gesenkt werden, für Reis, Zucker, Trockenfutter, Textilfaser und Wein sowie bei Milchprodukten und Rindfleisch sollen die Garantiepreise unverändert bleiben, außerdem wird die Einführung einer Steuer in Höhe von 330 ECU für in der EG produzierte oder importierte Pflanzenöle geplant.

Reform der EG/Binnenmarkt

15. Februar: Die Kommission legt eine Mitteilung 'Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden - eine neue Perspektive für Europa' vor, in der sie ihre Vorschläge zur Reform der EG darlegt.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

16. Februar: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel die Erneuerung der Finanzprotokolle für den Mittelmeerraum, den Stand der Ausarbeitung eines Mandats für Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen mit Ungarn, über die Einführung eines ständigen Schutzsystems zur Festlegung von Höchstgrenzen für die radioaktive Kontamination von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Trinkwasser im Falle eines Nuklearunfalls und weist den Ausschuß der Ständigen Vertreter an, noch vor dem 1. März eine Lösung zu finden, da die nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl festgesetzten Grenzwerte nur bis Ende Februar befristet sind und faßt Beschlüsse zur Landwirtschaft, Fischereipolitik und Zollunion.

Am Rande der Tagung verabschieden die Außenminister im Rahmen der EPZ eine Erklärung zum Schicksal der Zivilbevölkerung in den Palästinenserlagern im Libanon.

Europäisches Parlament

16. - 20. Februar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten beraten im Rahmen einer Sondersitzung über den Stand der Nord-Süd-Beziehungen, woran der ehemalige Präsident Nigierias, Olusegun Obasanjo und der Limburger Bischof Franz Kamphaus teilnehmen und verabschieden zehn Entschlüsse zu diesem Thema, in denen neue Initiativen der EG zur Entwicklung der ärmeren Länder gefordert werden, so Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise, ein Schuldenmoratorium bzw. ein Schuldenerlaß für Länder mit niedrigem Einkommen und eine verbesserte Koordinierung der Hilfe. Kommissionspräsident Jacques Delors stellt das Arbeitsprogramm der Kommission für 1987 vor, das die Bedeutung der Einheitlichen Europäischen Akte widerspiegelt, zu deren Durchführung vier grundlegende Bedingungen zu erfüllen seien: Die Gemeinsame Agrarpolitik müsse den neuen Weltmarktbedingungen angepaßt werden, Gemeinschaftspolitiken mit nennenswerten wirtschaftlichen Auswirkungen seien zu entwickeln,

stabile Eigenmittel müßten vorhanden sein und eine wirksame Haushaltsdisziplin müsse angewandt werden; besondere Aufmerksamkeit wolle die Kommission 1987 den Strukturfonds widmen; alle diese Ziele seien jedoch nur mit einer Revision des gegenwärtigen Finanzsystems zu erreichen; außerdem wolle die Kommission als neues Bezugssystem für die Höchstgrenze der Einnahmen das Bruttosozialprodukt einführen, so daß bis 1992 der EG 1,4% des BSP zur Verfügung stehen; ebenso wolle die Kommission sich die Möglichkeit einer Gemeinschaftsteuer auf finanzielle Transaktionen offenhalten. Das EP beschließt, über das Arbeitsprogramm erst nach einer eingehenden Prüfung im März abzustimmen, billigt den Haushaltsentwurf für 1987 mit 301 gegen 41 Stimmen (bei 5 Enthaltungen), zeigt sich über die im Rat erzielte Einigung zufrieden, betont aber, der Haushalt reiche nicht aus, um alle absehbaren Ausgaben zu decken, verabschiedet Entschlüsse zur Fischereipolitik, zur Biotechnologie, zur Anpassung der sogenannte Seveso-Richtlinie im Gefolge der Rhein-Verschmutzung nach dem Chemie-Unfall in Basel, zur Situation der Palästinenserlager in Libanon und zur Achtung der Menschenrechte in verschiedenen Ländern.

Verkehrspolitik

17. Februar: Der Rat der Verkehrsminister beschließt auf einem informellen Treffen in Brüssel, die Neuordnung der EG-Finanzierung zum Schwerpunktthema der nächsten Tagung des Europäischen Rates zu machen.

Finanzpolitik

22. Februar: In Paris beschließen die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der Vereinigten Staaten einen weiteren Kursverfall des Dollars zu bremsen.

EPZ

23. Februar: Der Rat der Außenminister befürwortet bei einem informellen Treffen in Brüssel im Rahmen der EPZ in einer Erklärung zum Nahen Osten eine internationale Friedenkonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen; damit wolle die EG einen aktiven Beitrag zur Annäherung der Standpunkte der betroffenen Parteien leisten.

Agrarpolitik

23./24. Februar: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel nicht bei den Verordnungsvorschlägen zur Änderung der Marktorganisation für Milch, bei den soziostrukturellen Maßnahmen und der Gewährung staatlicher Beihilfen an Kleinerzeuger von Milch und faßt Beschlüsse zur Landwirtschaft, Fischerei und den Antidumpingzöllen.

Forschungspolitik

23./24. Februar: Der Ministerrat für Forschung berät auf seiner Tagung in Brüssel über das Rahmenprogramm im Bereich Forschung und Entwicklung (1987 - 1991) und kommt zu keiner Gesamtlösung.

Binnenmarktpolitik

24. Februar: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik berät ohne abschließende Ergebnisse auf seiner Tagung in Brüssel über das Aufenthaltsrecht, das Sprint-Programm, Grenzkontrollen, gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen und Gemeinschaftspatente.

Reform der EG / Belgien

25. Februar: Der belgische Ministerpräsident Wilfried Martens und seine Amtskollegen aus den Niederlanden, Ruud Lubbers und aus Luxemburg Jacques Santer kommen in Brüssel zu Konsultationen zusammen und beraten die Kommissionsvorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, zur EG-Finanzierung und zu den Strukturfonds.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

25./ 26. Februar: Der WSA gibt auf seiner 244. Plenartagung eine Initiativstellungnahme zur gemeinsamen Eisenbahnpolitik ab und verabschiedet Stellungnahmen zum Informationsbericht über das Gesundheitswesen, über das Forschungs- und Entwicklungsprogramm im Bereich der Medizin, den elektronischen Datentransfer für kommerzielle Zwecke (Tedis), Zollbefreiungen, Verschmutzung des Rheins, den Weinmarkt und den interregionalen Luftverkehr.

NATO

26. Februar: US-General John R. Galvin wird zum neuen Europa-Befehlshaber der NATO ernannt. Er löst den Ende Juni nach Erreichen der

Altersgrenze ausscheidenden General Bernard W. Rogers ab.

März

Mittelamerika

1. März: Ein zwischen der EG und sechs mittelamerikanischen Ländern (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama) mit 5 Jahren Laufzeit abgeschlossenes Kooperationsabkommen, daß die Bereiche Wirtschaft, Handel und Entwicklung umfaßt, tritt in Kraft.

Agrarpolitik

2. - 4. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel auf weitere Schritte zur Eindämmung der Überschußproduktion bei Milch, beschließt mit qualifizierter Mehrheit soziostrukturelle Maßnahmen, insbesondere Beihilfen zur Extensivierung der Überschußproduktion und zur Berücksichtigung des Umweltschutzes und faßt Beschlüsse zur Landwirtschaft, Fischerei, Forschung, EGKS und zu Sozialfragen.

EFTA

9. März: Die Kommission schließt im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft die Rahmenabkommen auf den Gebieten von Wissenschaft und Technologie zwischen der EG und der Schweiz, Schweden, Norwegen, Finnland und Österreich endgültig ab.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

9. März: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen prüft auf seiner Tagung in Brüssel die Wirtschaftslage in der EG und kommt zu der Auffassung, daß eine Änderung der wirtschaftspolitischen Leitlinien nicht erforderlich ist, genehmigt den Beschluß über das Neue Gemeinschaftsinstrument (NGI) IV, empfiehlt die Entlastung der Kommission zur Ausführung des Haushaltsplans für 1985, berät die finanziellen Auswirkungen des Absatzes von Butterbeständen auf Spanien und Portugal sowie den gegenseitigen Beistand bei der Anwendung der Zoll- und Agrarregelung und genehmigt die Schlußfolgerungen zur Berufsausbildung von Jugendlichen in der EG, in denen sie eine Zusammen-

arbeit aller Beteiligten und höhere Investitionen der Unternehmen in die Berufsbildung befürworten.

Europäisches Parlament

9. - 13. März: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten genehmigen die in einer Mitteilung der Kommission genannten „horizontalen“ Maßnahmen im Lebensmittelsektor, nach denen nicht mehr EG-Normen für jedes Produkt verabschiedet werden sollen, sondern Regeln für Zusätze, Verpackung und Etikettierung aufgestellt werden; die den Bestimmungen entsprechenden Produkte können dann frei auf dem europäischen Markt angeboten werden; sie fordern bessere Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Lebensmittelskandale und wenden sich gegen eine allgemeine Erlaubnis der Haltbarmachung von Lebensmitteln durch Bestrahlung. Der amtierende Ratspräsident, der belgische Außenminister Leo Tindemans gibt eine Erklärung zum Nahen Osten ab, in der er ausführt, daß die EG sich bezüglich einer Friedenskonferenz alle Optionen offenhalten wolle, daher habe man sich auf die Modalitäten festgelegt, die EG wahre im iranisch-irakischen Krieg „strikte Neutralität“ und verurteile den Einsatz chemischer Waffen. Zur Lage in Libanon erklärt er, ein dauerhafter Frieden sei nur möglich, wenn alle ausländischen Truppen abgezogen würden. Die Parlamentarier billigen die Vorschläge der Kommission zur Einheitlichen Europäischen Akte sowie zur zukünftigen Finanzierung der EG und erneuern mit 253 gegen 8 Stimmen (bei 34 Enthaltungen) das Mandat der Kommission, zeigen sich in mehreren Entschlüssen besorgt über die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in mehr als 50 Ländern, fordern in einer Entschlußung zum Asylrecht eine großzügige Haltung der EG-Staaten gegenüber Asylsuchenden und legt eine Reihe von Prinzipien fest, nach denen die Asylanträge bearbeitet werden sollen, befassen sich mit der sowjetischen Einwilligung zu einer Nulllösung bei den Mittelstreckenraketen in Europa, begrüßen die Beschlüsse der Agrarminister zur Verringerung der Überschußproduktion und fordern nach dem Fährunglück von Zeebrugge eine Untersuchung des Unfallherganges und eine EG-Verordnung über den Transport gefährlicher Güter.

Europäischer Gerichtshof

12. März: Der Europäische Gerichtshof entscheidet, daß in der Bundesrepublik Deutschland künftig auch Bier zum Verkauf freigegeben werden muß, das nicht nach dem deutschen Reinheitsgebot von 1516 hergestellt worden ist.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

16./17. März: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel die Beziehungen zwischen der EG und Japan, bedauert die Vergrößerung des Handelsbilanzungleichgewichts, ersucht die japanische Regierung, die Inlandsnachfrage entsprechend den eingegangenen Verpflichtungen zu stimulieren, zeigt sich besorgt über die Möglichkeit der amerikanischen Beschränkungen im Textilhandel, kündigt an, daß die EG darauf den GATT-Rechten entsprechend reagieren werde, prüft die außenpolitischen Auswirkungen einer von der Kommission vorgeschlagenen Fettsteuer, genehmigt mit qualifizierter Mehrheit ein Zusatzprogramm für den Absatz von Butter aus Lagerbeständen, einigt sich auf eine Finanzhilfe in Höhe von einer Mrd. ECU für die Mittelmeerländer, die nicht Mitglied der EG sind und faßt Beschlüsse zur Agrarpolitik und den Freigrenzen für Reisende.

Am Rande der Tagung treffen sich die Außenminister im Rahmen der EPZ und verabschieden eine Erklärung zu Afghanistan, in der sie ihre Unterstützung für die indirekten Verhandlungen unter der Vermittlung der Vereinten Nationen in Genf bekräftigen und verurteilen die afghanischen Bombenangriffe auf nichtmilitärische Ziele in Pakistan.

Arbeits- und Sozialpolitik

16./17. März: Der Rat der Arbeits- und Sozialminister berät bei einem informellen Treffen in Brüssel über die Durchführung des Aktionsprogramms zur Steigerung der Beschäftigung, wobei sie der Bekämpfung der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit Priorität einräumen, über die Reform der Strukturfonds und den in Val Duchesse begonnene Dialog zwischen den Sozialpartnern und den Regierungen.

Österreich

17./18. März: Der österreichische Außenminister Alois Mock stattet der Kommission einen Besuch ab und führt Gespräche über die Beziehungen Österreichs zur EG, den Gütertransit durch

Österreich und die österreichische Beteiligung am zukünftigen Binnenmarkt der EG; außerdem wird die Einrichtung einer EG-Botschaft in Österreich vereinbart.

EUREKA

18. März: In Brüssel wird das auf der dritten EUREKA-Ministerkonferenz in London beschlossene Sekretariat eröffnet.

RGW

18./19. März: In Genf beraten Sachverständigen-delegationen der EG und des RGW über den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zur Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Organisationen.

China

19. März: In Brüssel wird ein Abkommen zwischen der EG und China über die Einrichtung eines Zentrums zur Koordinierung der biotechnologischen Forschung abgeschlossen.

Industriepolitik

19. März: Der Ministerrat für Industriepolitik erklärt auf seiner Tagung in Brüssel in seinen Schlußfolgerungen zur Organisation des Eisen- und Stahlmarktes, die von EUROFER vorgelegten Vorschläge, bis 1989 die Produktionskapazitäten für Stahl um 15 Millionen Tonnen zu verringern, reichten nicht aus, trifft keine Entscheidung über die sozialen Aspekte der geplanten Stilllegungen und den Kommissionsvorschlag, das Quotensystem zu lockern und einigt sich hinsichtlich der Durchführung des revidierten Sprint-Programms auf die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 8,6 Mio. ECU.

Europäischer Rat

19. März: Der Ratspräsident und belgische Ministerpräsident Leo Tindemans spricht sich gegen den Vorschlag des Kommissionspräsidenten Jacques Delors aus, eine Sondertagung des Europäischen Rates zu Abrüstungsfragen einzuberufen, da innerhalb der EG nur über die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit beraten werden kann, militärische Erwägungen fielen nicht in die Zuständigkeit der EG.

Umweltpolitik

19. März: Als Auftakt zum Europäischen Jahr des Umweltschutzes finden in Brüssel offizielle Feierlichkeiten statt.

19./20. März: Der Ministerrat für Umweltfragen genehmigt auf seiner Tagung in Brüssel eine Richtlinie, die den Schwefelgehalt von Gasölen auf 0,3% begrenzt, erzielt Einvernehmen über die Fortschreibung und Durchführung eines Aktionsprogramms der EG für den Umweltschutz (1987 - 1992), fordert in einer Entschließung eine Konzentration auf folgende Bereiche: Verhütung der Umweltverschmutzung, bessere Bewirtschaftung der Ressourcen, internationale Tätigkeiten und Entwicklung geeigneter Instrumente, berät über Großfeuerungsanlagen, Fluorchlorkohlenwasserstoffe und die Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien und faßt Beschlüsse zur Umwelt und zur Landwirtschaft. Dänemark verweigert bei der Schadstoffemission von Kraftfahrzeugen die Annahme von Bestimmungen, da sie seiner Delegation nicht weit genug gehen, einzelne Mitgliedstaaten bekommen die Möglichkeit eingeräumt, bleihaltiges Normalbenzin zu verbieten.

Verkehrspolitik

23./24. März: Der Rat der Verkehrsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Ausschaltung der Verzerrungen der Wettbewerbsbedingungen im Güterkraftverkehr, das Gemeinschaftskontingent in diesem Bereich und die Verkehrsinfrastruktur und einigt sich über die Tarife und die Kapazitätsaufteilung im Flugverkehr.

Forschungspolitik

24./25. März: Der Rat der Forschungsminister setzt seine Tagung vom 23./24. Februar in Brüssel fort und berät über das Rahmenprogramm im Bereich Forschung und Entwicklung für 1987 - 1991, das Mittel in Höhe von 6,48 Mrd. ECU vorsieht und dem bis auf die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien alle EG-Staaten zustimmen; da jedoch Einstimmigkeit erforderlich ist, kommt keine Einigung zustande.

Römische Verträge

25. März: Zum 30sten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung von EWG und Euratom finden mehrere offizielle Feierlichkeiten statt, u. a. lädt die Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut und der Stadt Florenz zu einer Konferenz über „Europa im Wandel: Die kulturelle Herausforderung - Kultur, Technologie und Wirtschaft“ und die Verbindungsgruppe der Pro-

fessoren für Zeitgeschichte bei der EG organisiert ein Kolloquium "Die Wiederbelebung des Europagedankens und die Römischen Verträge".

Agrarpolitik

30./31. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel erneut die Agrarpreise für das Erntejahr 1987/88, die geplante Fettsteuer und den Abbau der Währungsausgleichsbeträge, erzielt in diesem Punkt keine Einigung und beschließt deswegen, das Wirtschaftsjahr für Milch und Rindfleisch bis zum 31. Mai zu verlängern, verabschiedet die Aussetzung der negativen Grenzausgleichsbeträge bei Eiern und Geflügel für Frankreich und Großbritannien und setzt eine Arbeitsgruppe ein, die die Entwicklung der Produktionskosten und der Einkommen in der Landwirtschaft untersuchen soll.

China

31. März: China und die EG vereinbaren die Einrichtung einer Ständigen Vertretung der EG in Peking.

Wirtschaftskommission für Europa

31. März - 10. April: Die ECE faßt in Genf auf ihrer 42. Jahrestagung Beschlüsse in den Bereichen Umweltschutz, Verkehr, Handel, Energie, wirtschaftliche Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, allgemeine Prognosen und Wirtschaftsprognosen und Harmonisierung der Baurechtsvorschriften.

April

Finanzpolitik

3./4. April: Der Rat der Finanzminister berät bei einem informellen Treffen in Knokke (Belgien) über das weitere Vorgehen zur EG-Finanzreform und über Maßnahmen zur Stärkung des EWS, erörtert mit den Notenbankgouverneuren die Devisenmarktentwicklung nach ihrem Treffen vom 22. Februar in Paris, das EWS sowie die bevorstehenden Tagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.

EPZ

4./5. April: Im Rahmen der EPZ beraten die Außenminister in Turnhout (Belgien) den Abzug der Mittelstreckenraketen aus Europa, das Ost-West-Verhältnis und die Lage im Nahen Osten und der amtierende Ratspräsident und belgische Außenminister Leo Tindemans gibt bekannt, daß die Präsidentschaft einen Bericht über die nationalen Asyl- und Visabestimmungen erstellen werde.

Europarat

6. April: Das Ministerkomitee faßt einen Verfahrensbeschluß zum Entwurf einer neuen Amtshilfekonvention in Steuersachen und verabschiedet eine Empfehlung zur Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen.

Europäisches Parlament

6. - 10. April: Sitzungswoche des EP in Straßburg. In einer feierlichen Sitzung erklärt der belgische König Baudouin I., trotz der erzielten Fortschritte der EG erfülle der augenblickliche Zustand nicht die Erwartungen, die Einheitliche Europäische Akte solle als Übergangsphase zu einer echten Europäischen Union angesehen werden, die wissenschaftlichen Entwicklungen und ihre technische Anwendung, die Veränderung der Arbeitsgestaltung der erwerbstätigen Bevölkerung und die demographische Entwicklung nennt er als die wesentlichen Themen, mit denen sich das Parlament zukünftig zu befassen habe. Die Abgeordneten debattieren die Kernenergiepolitik der EG ein Jahr nach dem Unfall von Tschernobyl, nehmen mit 180 gegen 62 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) eine Entschliebung zur Kernenergie an, aus der hervor geht, daß zur Entwicklung neuer Energiequellen angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, bekräftigen die Hauptzielsetzung der gemeinschaftlichen Energiestrategie, setzen sich mit 325 gegen 8 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) dafür ein, Maßnahmen einzuleiten mit dem Ziel, die radioaktive Belastung von Nahrungsmitteln zu verringern, setzen die Entlastung der Kommission für das Haushaltsjahr 1985 aus, bis die Antwort der Kommission auf die Auflagen des EP vorliege und von ihm geprüft worden sei. Angesichts eines beim EuGH anhängigen Verfahrens wird auch die Entlastung der zuständigen Instanzen des Parlaments für die Jahre 1983, 1984 und 1985 ausgesetzt.

Binnenmarktpolitik

7. April: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik berät auf seiner Tagung in Luxemburg über Grenzkontrollen, das Aufenthaltsrecht und die gegenseitige Anerkennung von Diplomen.

Verbraucherschutz

7. April: Der Ministerrat für Verbraucherschutz berät auf seiner Tagung in Luxemburg über gefährliche Nachahmungserzeugnisse und die Sicherheit von Spielzeug und faßt Beschlüsse zur Landwirtschaft, Handelspolitik, EGKS, Zollunion und den Beziehungen zu den EFTA-Staaten.

Ghana

10./11. April: Der Vizepräsident der Kommission, Lorenzo Natali, stattet Ghana einen Besuch ab und führt Gespräche über die Unterstützung der Wirtschaftspolitik durch die Kommission und unterzeichnet ein Finanzierungsabkommen über 6,9 Mio. ECU für die Wiederaufbauarbeiten im Hafen von Takoradi.

Türkei

14. April: Der türkische Europa-Minister, Ali Bozer, überreicht in Brüssel dem amtierenden Ratspräsidenten und belgischen Außenminister Leo Tindemans den Aufnahmeantrag der Türkei in die EG.

Agrarpolitik

14. April: Die Kommission legt ein umfassendes Rahmenprogramm für Einkommensbeihilfen an Landwirte vor, das einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahre umfassen und 2,3 Mrd. ECU kosten soll.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

14. April: Der WSA berät auf seiner 245. Plenartagung über die Vorschläge der Kommission zur Festsetzung der Agrarpreise und zu flankierenden Maßnahmen und verabschiedet Stellungnahmen zur Zusammenlegung der Grenzzollstellen, zu technischen Handelshemmnissen, Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung, Schutz und Sicherheit der Verbraucher, Steuerbefreiungen, Zulassung von Wertpapieren zur Notierung an der Börse und über die Zusammenarbeit bei der Automatisierung von Daten und Dokumentation für die Ein- und Ausfuhr und die Verwaltung der Agrarmärkte (Caddia) und koor-

dinierte Entwicklung von automatisierten Verwaltungsverfahren (CD).

Handelspolitik/Viertertreffen

25./26. April: Die Handelsminister der EG, der Vereinigten Staaten, Kanadas und Japans beraten auf einer Konferenz in Kashikojima (Japan) über Fragen des Welthandels und die Uruguay-Runde im Rahmen des GATT, stimmen überein, daß die weltwirtschaftlichen Probleme nur durch eine konstruktive und kooperative Haltung zu lösen sei; Japan verpflichtet sich, die Binnennachfrage durch die Durchführung umfassender Wirtschaftsmaßnahmen anzukurbeln; die EG soll sich mit der Durchführung ihrer kooperativen Wachstumsstrategie um ein stärkeres Wachstum der Volkswirtschaften in der EG bemühen.

Auswärtige Angelegenheiten/ EPZ

26./27. April: Der Rat der Außenminister prüft auf seiner Tagung in Luxemburg die von Kommissionspräsident Jacques Delors eingebrachten Vorschläge zur Finanzreform der Gemeinschaft, einigt sich aber nicht auf eine einmütige Haltung zu diesen Vorschlägen, erteilt der Kommission ein Verhandlungsmandat über ein Kooperationsabkommen mit Ungarn, wonach die Kommission Ungarn den Abbau der mengenmäßigen Handelsbeschränkungen innerhalb von zehn Jahren anbieten soll, einigt sich nicht auf ein Angebot an Jugoslawien über ein neues Finanzhilfe-Protokoll, berät den Aufnahmeantrag der Türkei, beauftragt die Kommission, eine Stellungnahme zum Beitrittsgesuch zu erarbeiten, berät über die Beziehungen EG-Japan, die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates im Juni, die Entwicklungshilfe, Handelsfragen und die OECD-Ministertagung.

Im Rahmen der EPZ geben die Außenminister eine Erklärung zu Sri Lanka und Sambia ab.

Westeuropäische Union

27./28. April: Die WEU-Versammlung spricht sich auf einer Sondersitzung in Luxemburg für eine klare Definition der europäischen Sicherheitsinteressen innerhalb einer europäischen Sicherheits-Charta aus, fordert den Ministerrat in einer Resolution zu einer möglichst einheitlichen Haltung zu den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen auf und die Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen zu unterstützen, ohne die Sicherheit

Europas zu vernachlässigen; außerdem solle der Weg für den Beitritt weiterer Länder zur WEU freigegeben werden. Die Außen- und Verteidigungsminister kommen zu keiner einheitlichen Haltung über die jüngsten Abrüstungsvorschläge, die ohne Zeitdruck einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden müßten und erklären ihre Entschlossenheit zur Wiederbelebung der WEU.

Justiz

27./28. April: Der Rat der Innen- und Justizminister einigt sich bei einem informellen Treffen in Brüssel auf weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels und des Terrorismus durch eine Verbesserung des Informationsaustausches, auf eine Vereinheitlichung der Visa-Dokumente für Ausländer und eine einheitliche Bearbeitung von Asylanträgen, so daß die Ablehnung eines Antrages in einem Land für die gesamte Gemeinschaft gelten wird.

Agrarpolitik

27. - 29. April: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg die Agrarpreise für das neue Erntejahr 1987/88, kann keine Einigung erzielen und vertagt sich, um einen Kompromißvorschlag auszuarbeiten und genehmigt eine Verordnung zur Fischereipolitik.

Angola

30. April: In Brüssel wird ein Fischereiabkommen zwischen der EG und Angola mit einer anfänglichen Laufzeit von drei Jahren und jeweils zweijähriger Verlängerungsmöglichkeit paraphiert.

Mai

Frankreich

3. Mai: Der französische Premierminister Jacques Chirac trifft sich in Straßburg mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem Meinungsaustausch über bilaterale und europäische Fragen.

Europarat

4. - 8. Mai: Die Parlamentarische Versammlung befürwortet in einer Empfehlung an den Ministerrat eine parlamentarische Begutachtung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen, um Parlamentariern und Öffentlichkeit einen besseren Einblick in die wissenschaftlichen und technologischen Fortschritte und deren Auswirkungen zu geben, debattiert über die Ost-West-Beziehungen und die Bewertung der Politik Michail Gorbatschows, spricht sich in einer Empfehlung an das Ministerkomitee für die Eröffnung von Übergängen zwischen den Sektoren auf Zypern aus, damit Nachforschungen über Flüchtlinge und vermißte Personen ermöglicht werde, berät über den Aufbau eines europäischen Schnellbahnnetzes, prüft einen Bericht über den sozialen Zusammenhang und legt die zu dessen Stabilisierung vorrangig durchzuführenden Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Familie, Erziehung und Ausbildung von Jugendlichen, fest.

Fischereipolitik

5. Mai: Der Ministerrat für Fischereiangelegenheiten stimmt auf seiner Tagung in Brüssel der Aufteilung der Fangmöglichkeiten für Kabeljau für 1987 im Gebiet um Spitzbergen und im NATO-Regelungsbereich mit qualifizierter Mehrheit zu, einigt sich auf einen Aufteilungsschlüssel für den Fall einer Erhöhung des Anteils der Gemeinschaft in den nächsten Jahren und berät über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft am Ausbau der Mittel zur Kontrolle der Fischereitätigkeit und zur Überwachung in den Gewässern unter portugiesischer Hoheitsgewalt sowie die Beziehungen zu Drittländern und internationalen Organisationen.

Norwegen

5. Mai: Die norwegische Ministerpräsidentin, Gro Harlem Brundtland, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche mit Kommissionsmitgliedern, die über eine weitere Annäherung Norwegens an die EG sich aussprechen, die Vorlage eines Weißbuches über die künftigen Beziehungen Norwegens zur EG ankündigen und die Eröffnung eines EG-Büros in Oslo anregen.

Europarat

6./7. Mai: Das Ministerkomitee berät auf seiner Tagung in Straßburg die Ost-West-Beziehungen im Licht der Entwicklungen in der Sowjetunion, die kulturelle Identität Europas und die Förderung der europäischen Zusammenarbeit und ver-

weist darauf, daß der ER auch eine Pflicht habe, einen Beitrag zu den Nord-Süd-Beziehungen zu leisten.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

11. Mai: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen berät auf seiner Tagung in Brüssel die Kommissionsmitteilung über eine neue Perspektive für Europa, den Haushaltsentwurf für 1988, einigt sich auf Ausgaben in Höhe von 36,6 Mrd. ECU (davon 22,7 Mrd. ECU für die Landwirtschaft), erörtert die Finanzierung großer Infrastrukturen, die Probleme bei der Kredit- und Kautionsversicherung und das Programm für den Absatz von Butterbeständen und faßt Beschlüsse zu Antidumping-Maßnahmen, zu den Beziehungen zu den AKP-Staaten und zur EFTA sowie zum Handel mit Textilien.

Kanada

11. Mai: Die kanadische Handelsministerin Patricia Carney stattet der Kommission in Brüssel zum ersten Mal einen Besuch ab und führt Gespräche über die bilateralen Beziehungen.

Europäisches Parlament

11. -15. Mai: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Mit 226 gegen 38 Stimmen (bei 63 Enthaltungen) sprechen sich die Abgeordneten für die in der Kommissionsmitteilung über eine neue Perspektive für Europa enthaltenen Schlußfolgerungen aus, betonen jedoch, daß die Einheitliche Europäische Akte nur ein Schritt in die Richtung zur Europäischen Union sein könne; in einer „Politischen Erklärung“ verweisen sie auf folgende Punkte: die Schaffung des Binnenmarktes müsse auch die Einrichtung eines einheitlichen, sozialen, monetären und technologischen Raumes beinhalten, der wirtschaftliche Zusammenhalt dürfe sich nicht nur auf die Verdoppelung der Strukturfonds beschränken, die Gemeinsame Agrarpolitik müsse an die wirtschaftliche Lage angepaßt werden, und das Finanzierungssystem der EG müsse die zur Erreichung der Ziele notwendige Sicherheit schaffen. In einer Entschließung zu den Agrarpreisen für das nächste Wirtschaftsjahr unterstützt das EP die von der Kommission vorgelegten Vorschläge: für Getreide soll der Preis gesenkt, die Währungsausgleichsbeträge sollen abgebaut und eine Fettsteuer soll eingeführt werden. Die Parlamentarier verabschieden weitere Entschließungen zur Hilfe für die franzö-

sischen Überseegebiete, Vereinfachung der Grenzkontrollen für Waren, über die Menschenrechte, das Aktionsprogramm für den Umweltschutz, innerbetriebliche Weiterbildung und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Europäischer Rechnungshof

14. Mai: Der Rechnungshof nimmt Stellung zu dem von der Kommission dem Rat im Januar vorgelegten Vorschlag für eine Verordnung über die Kontrolle der Zunahme von Beträgen, die bei der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gewährt werden.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

14. Mai: Der WSA verabschiedet auf seiner 246. Plenartagung Stellungnahmen zur Einheitlichen Europäischen Akte, zu Industrieerzeugnissen, Lebensmitteln, Umsatzsteuern, Steuerbefreiung, Banken, Weiterbildung, den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben, das vierte Aktionsprogramm der EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes, den elften Jahresbericht über die Tätigkeit des EFRE und Grundnormen der nuklearen Sicherheit. Der amtierende Ratspräsident, Wilfried Martens hält eine Rede über den sozialen Dialog von Val Duchesse und die Einheitliche Europäische Akte. Dies ist eine Premiere in der Geschichte des WSA.

Haushaltspolitik

14. Mai: Die Kommission legt Vorschläge für einen Nachtragshaushalt für das Jahr 1987 vor, der die Ausschöpfung der Mehrwertsteuerobergrenze und eine Umstellung des EAGFL-Systems von Vorauszahlungen auf nachträgliche Vergütungen vorsieht sowie einen Haushaltsentwurf für 1988, der Ausgaben in Höhe von 38,7 Mrd. ECU umfaßt, was einer Bemessungsgrenze der Mehrwertsteuer von beinahe 1,7% entspricht.

Bildungspolitik

14. Mai: Der Rat der Bildungsminister verabschiedet auf seiner Tagung in Brüssel das ERASMUS-Programm für den Austausch von Studenten, das für die ersten drei Jahre 85 Mio. ECU zur Verfügung stellt, billigt die Schlußfolgerungen zum Kampf gegen das Analphabetentum, schulischen Mißerfolg und für die Integration von Behinderten in Schulen, genehmigt die Schlußfolgerungen zur Lehrerbildung und berät über

Fremdsprachenunterricht, die europäische Dimension der Bildung und europäische Schulen.

Entwicklungspolitik/AKP-Staaten

14./15. Mai: Im Rahmen des Treffens des EG-AKP-Ministerrats in Brüssel berät der Ministerrat für die Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen in Brüssel über den Beitritt Spaniens und Portugals zum Lomé-III-Abkommen, erzielt einen Kompromiß, in dem die Dauer und Bestimmungen einer Übergangsperiode festgelegt werden, nach deren Ablauf beide Länder alle Bestimmungen des Abkommens anwenden müssen.

Gesundheitspolitik

15. Mai: Der Ministerrat für Gesundheitswesen einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel auf die Grundsätze zur Bekämpfung der Krankheit AIDS und setzt eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe ein, die eine gemeinsame Strategie für die EG entwickeln soll, einigt sich wegen Meinungsverschiedenheiten über den Finanzrahmen nicht über die Verabschiedung eines Programms zur Krebsbekämpfung und berät über den gegenseitigen Beistand bei Nuklearunfällen, verbesserte Beipackzettel für Medikamente und die Drogenbekämpfung.

EGKS

15. Mai: Der Beratenden Ausschuss EGKS berät auf seiner 262. Außerordentlichen Vollversammlung den mündlichen Bericht der Kommission über die neuen Orientierungen für die Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie der EG.

Kulturstadt Europas

18. Mai: Die Eröffnungsfeierlichkeiten für Amsterdam - Kulturstadt Europas finden in Amsterdam statt, die diese Aufgabe nach Athen (1985) und Florenz (1986) als dritte Stadt der Mitgliedstaaten der EG übernimmt.

Agrarpolitik

18. - 20. Mai: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt auf seiner Tagung in Brüssel die Beratungen über die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1987/88 fort, kann jedoch keine Einigung erzielen und faßt Beschlüsse zur Agrarpolitik, Fischereipolitik, Atomfragen und EGKS.

EFTA

19./20. Mai: Auf einer Tagung auf Ministerienebene in Interlaken (Schweiz) zeigen sich die Minister über die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses befriedigt, begrüßen die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der EFTA und EG und unterzeichnen das Übereinkommen zur Vereinfachung der Förmlichkeiten im Warenverkehr.

Europarat

19. - 21. Mai: Die für Familienangelegenheiten zuständigen Minister aus den 21 Mitgliedstaaten des ER sowie Finnlands beraten auf ihrer Konferenz in Brüssel über die Stellung der Familie in der modernen Gesellschaft und kommen zu der Überzeugung, daß sie die „Grundzelle“ der Gesellschaft bleiben werde, setzen sich für eine strikte gesetzliche Kontrolle der neuen Methoden zur künstlichen Befruchtung ein, befürworten eine Steigerung der Geburtenrate in Europa und beklagen die unzureichende Rechtslage in den meisten Staaten angesichts neuer ethischer Herausforderungen wie Reagenzglasbabys und Leihmüttern.

Zentralamerika

21. Mai: Der Präsident von Costa Rica, Oscar Arias Sanchez, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche über die allgemeine Lage Zentralamerikas sowie die Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen der EG und den Ländern des zentralamerikanischen Isthmus.

Entwicklungspolitik

21. Mai: Der Ministerrat für Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen prüft auf seiner Tagung in Brüssel ein Dokument der Kommission über die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Entwicklungsfragen, nennt in seinen Schlußfolgerungen hierzu als Hauptziel dieser Bemühungen, die Realitäten und Schwierigkeiten der Länder der Dritten Welt deutlich zu machen, die Maßnahmen und Initiativen der EG zu erläutern sowie die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit dabei auf allen Ebenen auszunutzen; kennt in seinen Schlußfolgerungen über die Rolle des privaten Sektors in der Entwicklungspolitik an, wie wichtig ein gesunder privater Sektor für eine ausgewogene Entwicklung der Wirtschaft ist, die Anstrengungen der Gemeinschaft sollten sich vor al-

lem auf die Landwirtschaft und den ländlichen Bereich, die Industrie und die Dienstleistungen richten, nimmt ein Exposé des Vizepräsidenten der Kommission, Lorenzo Natali, zur Kenntnis, das sich mit der AIDS-Bekämpfung in Entwicklungsländern befaßt und berät die Vorbereitung von UNCTAD VII, die Durchführung von Lomé III, die Bewertung der dritten Ministerkonferenz EG-Mittelamerika und faßt Beschlüsse zur Nahrungsmittelhilfe, Hilfe für Flüchtlinge in den Ländern des Nahen Ostens und über die Beziehungen zu den AKP-Staaten.

Umweltpolitik

21./22. Mai: Der Ministerrat für Umweltfragen befaßt sich auf seiner Tagung in Brüssel mit der Einleitung gefährlicher Stoffe in Gewässer und mit der Verringerung der Gewässerverschmutzung durch Chrom, erklärt sich mit einer Verordnung über eine gemeinschaftliche Finanzierung bestimmter Umweltaktionen einverstanden, berät über den Bleigehalt von Benzin, Großfeuerungsanlagen, Partikelemissionen von Diesellokomotiven, Fluorkohlenwasserstoffe, Export und Import gefährlicher Chemikalien, verabschiedet eine Schlußfolgerung zum Bericht der Internationalen Kommission für Umwelt und Entwicklung und genehmigt eine Verordnung zur Anwendung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen.

Zypern

22. Mai: Nach Abschluß der im Dezember 1985 eröffneten Verhandlungen paraphiert die Kommission und eine zypriotische Delegation ein Protokoll zur Schaffung einer Zollunion zwischen der EG und Zypern, die in den kommenden 15 Jahren verwirklicht werden soll.

Umweltpolitik

24. Mai: Mit dem europäischen Vogeltag schließt die europäische Vogelwoche (18.-24. Mai) ab, bei der es sich um eine Sensibilisierungskampagne der EG im Rahmen des europäischen Umweltjahres handelt.

Agrarpolitik

24. - 26. Mai: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt seine Tagung vom 18.-20. Mai in Brüssel fort, kann sich aber erneut nicht über die Agrarpreise und flankierenden Maßnahmen für

1987/88 einigen, beschließt eine Verlängerung der laufenden Wirtschaftsjahre für Milch und Milcherzeugnisse bis zum 30. Juni 1987 und für Rindfleisch bis zum 5. Juli 1987 und genehmigt eine Verordnung zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten.

Katastrophenschutz

25. Mai: Der Ministerrat für Katastrophenschutz genehmigt auf seiner Tagung in Brüssel eine Entschließung über die Einführung einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes und beschließt die Erstellung eines Vademecums für den Katastrophenschutz auf Gemeinschaftsebene, welches insbesondere ein Verzeichnis der Korrespondenten der Mitgliedstaaten und der Kommission in diesem Bereich enthalten soll, ferner ist der Austausch des Katastrophenschutzpersonals im Rahmen von Ausbildungsmaßnahmen vorgesehen.

Justiz

25. Mai: Der Rat der Justizminister tritt vor seiner Tagung in Brüssel zu einer Konferenz zusammen, weist darauf hin, daß die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivil- und Strafrechts intensiviert werden müsse, um einen europäischen Rechtsraum zu schaffen und befaßt sich mit der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs. Auf ihrer Ratstagung nehmen die Minister den Stand der Ratifikation der Beitrittsübereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen zur Kenntnis, stellen fest, daß die Verhandlungen im Hinblick auf den Beitritt Spaniens und Portugals zu eröffnen seien, hören einen Bericht des Vorsitzenden der gemeinsamen Gruppe EWG-EFTA über den Stand der Beratungen über den Abschluß eines Parallel-Übereinkommens und ersuchen in einer Entschließung die betreffenden Mitgliedstaaten, den Abschluß der nationalen Ratifizierungsverfahren der Beitrittsübereinkommen zu beschleunigen.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

25./26. Mai: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel neue Perspektiven für Europa, die Beziehungen zu Tunesien, Japan und den Vereinigten Staaten, die Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels in Venedig, die Beziehungen zu Lateinamerika und Jugoslawien, die

Höchstgrenze für die radioaktive Kontamination von Trinkwasser und landwirtschaftlichen Erzeugnissen und faßt Beschlüsse zum Allgemeinen Präferenzsystem, zum GATT und zur Zollunion. Im Rahmen der EPZ verabschieden die Minister Erklärungen zum Einsatz chemischer Waffen im Konflikt zwischen Irak und Iran sowie zur Lage in Südafrika nach den Wahlen vom 6. Mai 1987.

Arbeits- und Sozialfragen

26. Mai: Der Rat der Arbeits- und Sozialminister erörtert auf seiner Tagung in Brüssel die Ausbildung der Jugendlichen, die betriebliche Weiterbildung der Arbeitnehmer, die soziale Sicherheit, die Fähigkeit der Unternehmen zur Anpassung an Arbeitsmarkterfordernisse, das Aktionsprogramm zur Förderung des Beschäftigungswachstums und die Langzeitarbeitslosigkeit und faßt Beschlüsse zu weiteren Aspekten der Sozialpolitik, Arzneimitteln und zur EGKS.

Irland

26. Mai: Bei einer Volksabstimmung in Irland über die EG stimmen bei schwacher Wahlbeteiligung 70% für die Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte. Das Referendum war notwendig geworden, weil der oberste irische Gerichtshof entschieden hatte, die Ratifizierung würde der Neutralität des Landes widersprechen.

Europäische Volkspartei

30. Mai: Die Vorsitzenden und führenden Politiker der EVP beraten in Brüssel Fragen der Sicherheit und Abrüstung sowie Herausforderungen, denen sich die EG gegenübersteht und sprechen sich dafür aus, die „Schaffung von Zonen unterschiedlicher Sicherheit“ zu vermeiden, Abrüstungsvorschläge der NATO sollten die Einheit der europäischen Partner berücksichtigen.

Malta

31. Mai: Der maltesische Außenminister, Vincent Tabone, führt Gespräche mit dem amtierenden Ratspräsidenten und belgischen Außenminister Leo Tindemans über die Aufnahmebedingungen für Malta.

Juni

Norwegen

1. Juni: Die jährlichen Konsultationen auf hoher Ebene zwischen der Kommission und Norwegen finden diesmal auf Ministerebene in Tromsø statt; auf ihnen werden ausführlich die unmittelbaren Auswirkungen der in Interlaken beschlossenen Orientierungen für die Beziehungen EG – EFTA besprochen.

Industriepolitik

1. Juni: Der Ministerrat für Industriepolitik berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die Verringerung der bestehenden Überkapazitäten in der Eisen- und Stahlindustrie, bekräftigt, daß parallel zu der Sanierung flankierende Maßnahmen zur beruflichen und regionalen Umstellung getroffen werden müssen, wobei die geltenden Subventionsregelungen zu beachten sind, und einigt sich nicht über das künftige Quotensystem.

Westeuropäische Union

1. - 4. Juni: Auf der ordentlichen Tagung berät die WEU-Versammlung über die Abrüstung sowie Europas Rolle im Nordatlantischen Bündnis und in den Ost-West-Verhandlungen und fordert einmütig die Staats- und Regierungschefs der sieben Mitgliedsländer zu einem Gipfeltreffen auf, damit die seit Jahren beschlossene Aufwertung der WEU zur europäischen Sicherheitsorganisation verwirklicht wird und fordert den Ministerrat auf, dem Beitritt Portugals zur WEU noch vor Jahresende zuzustimmen.

Energiepolitik

2. Juni: Der Ministerrat für Energiefragen berät auf seiner Tagung in Luxemburg die derzeitige Lage und die Aussichten auf dem Energiemarkt unter besonderer Berücksichtigung der rationalen Energienutzung, hier vor allem der Anteil von Erdgas am Gesamtenergiebedarf, die Versorgungssicherheit, ein möglichst weitgehend abgestimmtes Konzept für den Erdgassektor zwischen der Gemeinschaft, den Mitgliedstaaten und den Marktteilnehmern und die Förderung der Integration des Gasversorgungsnetzes, die finanziellen Maßnahmen für die Braunkohle- und Torfindustrie, Probleme der Erdölraffination, die Einfuhr von Erdölzeugnissen sowie die Einhaltung der Umweltschutzvorschriften, Fragen

im Zusammenhang mit der Kernenergie sowie die Schaffung eines Binnenmarktes auf dem Energiesektor.

Haushaltspolitik

2. Juni: Der Ministerrat für Haushaltsangelegenheiten befaßt sich auf seiner Tagung in Luxemburg mit den Problemen eines Nachtragshaushaltes für 1987, kommt dabei aber zu keiner Lösung der Defizitdeckung, einigt sich darauf, daß die innerhalb der gesetzlichen Eigenmittel verbleibende Marge von knapp 630 Mio. ECU zur Defizitdeckung herangezogen werden soll und erörtert ohne Ergebnis den Vorschlag, die Agrarerstattungen an die Mitgliedstaaten nicht mehr im Voranschlag, sondern im Abrechnungsverfahren abzuwickeln sowie die Erhebung von nichtrückzahlbaren Beitragszahlungen der EG-Staaten in Höhe von 1,5 Mrd. ECU.

Kanada

2./3. Juni: In Ottawa finden die halbjährlichen Konsultationen auf hoher Ebene zwischen der Kommission und den kanadischen Behörden statt, bei denen festgestellt wird, daß gute Beziehungen herrschen und sich die bilateralen Handelsstreitigkeiten in Grenzen halten.

Ungarn

4. Juni: In Brüssel beginnen die Verhandlungen über ein Abkommen über die handels- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Ungarn.

Weltwirtschaftsgipfel

8. - 10. Juni: Der 13. Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industriestaaten tagt in Venedig, verabschiedet verschiedene Erklärungen zu Weltwirtschaftsthemen, AIDS, Drogenmißbrauch, den Ost-West-Beziehungen, zur Abrüstung, zum Golf-Krieg und internationalen Terrorismus.

Verkehrspolitik

9. Juni: Der Rat der Verkehrsminister berät auf seiner Tagung in Luxemburg die Liberalisierung des Luftverkehrs und kann sich nicht über den Marktzugang einigen.

Verbraucherschutz

10. Juni: Der Ministerrat für Verbraucherschutz berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die Sicherheit von Spielzeugen, über gefährliche

nachgeahmte Erzeugnisse, über die Angabe der Preise sowie über eine Informations- und Sensibilisierungskampagne der Gemeinschaft im Bereich der Kindersicherheit und genehmigt Entschlüsse zum Zugang der Verbraucher zum Recht sowie zur Sicherheit des Verbrauchers gegenüber Konsumgütern.

Telekommunikation/Binnenmarkt

10. Juni: Der Vizepräsident der Kommission, Karl-Heinz Narjes, stellt ein „Grünbuch Telekommunikation“ vor, in dem unter Hinweis auf einen „nie dagewesenen technischen Wandel“ ein schrittweiser Abbau der staatlichen Monopole und die Liberalisierung des europäischen Fernmeldemarkts mit dem Ziel der Schaffung eines Binnenmarktes gefordert werden.

Binnenmarktpolitik

11. Juni: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik einigt sich auf seiner Tagung in Luxemburg über ein künftiges zelluläres digitales Mobilfunksystem der zweiten Generation, das überall in der Gemeinschaft einen leistungsfähigen Fernspreverkehr ermöglichen soll und berät über Kraftfahrzeuge und -anhänger, Schalleistungspegel von Turmdrehkränen, die Vereinfachung des gemeinschaftlichen Versandverfahrens, die Zollschuld, Grenzkontrollen, Aufenthaltsrecht und Gemeinschaftspatente.

Europarat

11./12. Juni: Die Umweltminister einigen sich in Lissabon auf die Entwicklung einer „Gemeinsamen Politik für den ländlichen Raum“, wobei die Bewahrung der Bodenqualität durch den Kampf gegen Erosion, den Rückgang der organischen Materie und Schaffung einer Landschafts- und Bauplanungspolitik zur Verhinderung einer unkontrollierten Verstärkung des ländlichen Raumes im Mittelpunkt stehen sollen.

Wirtschaft und Finanzen

15. Juni: Der Ministerrat für Wirtschafts- und Finanzfragen erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg die Stärkung des EWS, eine Richtlinie „Gegenseitige Anerkennung des Zulassungsspektrums für die amtliche Notierung an einer Wertpapierbörse“, eine Änderung der Verordnung „Eigenmittel“, die finanziellen Auswirkungen des Programms für den Absatz von Butterbestän-

den für Spanien und Portugal, Fragen zur Kredit- und Kautionsversicherung sowie die Richtlinie „Rechtsschutzversicherung“.

Finanzen/Agrarpolitik

15. Juni: Der Rat der Finanz- und Landwirtschaftsminister erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg den Stand der Verhandlungen über die Kommissionsvorschläge bezüglich der Agrarpreise und flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1987/88.

Agrarpolitik/EP

15. - 18. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister kommt zu einer Konzertierungssitzung in Luxemburg mit einer Delegation des EP zusammen, verabschiedet eine gemeinsame Erklärung, in der die Notwendigkeit einer Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen anerkannt wird, zu der die Strukturpolitik in Ergänzung zur Preispolitik beitragen müsse, genehmigt eine Verordnung über die sozio-strukturpolitischen Anpassungsmaßnahmen und nimmt die Verhandlungen über die Agrarpreise 1987/88 wieder auf, befaßt sich mit der Einfuhr von Mais und Sorghum nach Spanien, veterinärrechtlichen Fragen, Lebens- und Futtermitteln und faßt Beschlüsse zur Landwirtschaft, zum Zuckerrübeneinkommen, Bildungswesen, zur Fischerei, und zu Sozialfragen.

Europäisches Parlament

15.- 19. Juni: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten debattieren über die Zusammenarbeit zwischen Ost und West, eine Strategie zur Europäischen Union und den Wirtschaftsgipfel in Venedig, sprechen sich mit 245 gegen 18 Stimmen (bei 11 Enthaltungen) für die doppelte Null-Lösung aus, der Verhandlungen über den Abbau von Kurzstreckenwaffen und konventionellen Waffen folgen sollen, verabschieden zwei Entschlüsse zu den Folgen der Schlußakte von Helsinki und der KVAE in Stockholm. Der amtierende Ratspräsident und belgische Außenminister Leo Tindemans zieht eine Bilanz der belgischen Präsidentschaft: die Umstände seien wegen des verspäteten Inkrafttretens der Einheitlichen Europäischen Akte, Wahlen in den Mitgliedstaaten und Erschöpfung der Eigenmittel schwierig gewesen, dennoch seien Erfolge vorzuweisen, konkrete Entscheidungen bei der Re-

form der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Verwirklichung des Binnenmarktes, im Umweltschutz und in den Außenbeziehungen, zahlreiche Finanzprotokolle seien verabschiedet und Verhandlungen mit neuen Ländern sowie dem RGW aufgenommen worden. In einer Entschlußung zum Wirtschaftsgipfel in Venedig bedauern die Parlamentarier, daß von diesem keine Entscheidung zur Stabilisierung der Wechselkurse ausging, sprechen sich dafür aus, die Umwandlung der EG in eine Europäische Union vorzubereiten und fordern den Rat auf, den Kommissionsvorschlag über die Regelung der Durchführungsbeschlüsse der Kommission anzunehmen, vertreten die Ansicht, daß die gegen die Armenier gerichteten Ereignisse der Jahre 1915 - 1917 im Osmanischen Reich als Völkermord im Sinne der UN-Konvention von 1948 anzusehen seien und nehmen Entschlüsse zu den Beziehungen EG-China, zum Chancenausgleich für Frauen im öffentlichen Dienst, zu Menschenrechten, Kinderarbeit, Sri Lanka und zur Regionalpolitik an.

ECU

16. Juni: Der Zentralbankrat der deutschen Bundesbank beschließt, die Anwendung der währungsrechtlichen Bestimmungen auf die genehmigungspflichtigen Transaktionen zu ändern und die private Verwendung des ECU künftig in gleichem Umfang zuzulassen wie die Verwendung fremder Währungen.

Europarat/Kommission

16. Juni: Im Palais de l'Europe in Straßburg findet ein Briefwechsel zur Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen Kommission und Europarat zwischen dem Kommissionspräsidenten Jacques Delors und dem Generalsekretär des Europarates, Marcelino Oreja, statt.

Jugoslawien

17. Juni: Das zweite Finanzprotokoll zwischen EG und Jugoslawien wird paraphiert.

Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds

19. Juni: Die Kommission erläßt die Entscheidung über den Rechnungsabschluß des EAGFL, Abteilung Garantie, für das Haushaltsjahr 1983, für die entgegen früheren Verfahren nunmehr ei-

ne einzige Entscheidung der zehn betreffenden Mitgliedstaaten (Spanien und Portugal sind nicht betroffen) reicht.

Allgemeine Angelegenheiten

22. Juni: Der Rat der Außenminister erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern und einigt sich auf Leitlinien, insbesondere auf Maßnahmen im Bereich der Industrienormen, der finanziellen und technischen Zusammenarbeit, der Information über Investitionsmöglichkeiten sowie der Bildung und Information im Bereich der Wirtschaft und Wissenschaft, bei der industrielle Zusammenarbeit mit bestimmten Entwicklungsländern Lateinamerikas, Asiens, der Golf-Region und des Mittelmeerraums gefördert wird, stimmt einem Kommissionsvorschlag zu, in dem die Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenden Durchführungsbefugnisse festgelegt werden, berät über die Tagung des Europäischen Rates, die Höchstgrenzen für Radioaktivität, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die Vorbereitung von UNCTAD VII und faßt Beschlüsse zur Antidumpingverordnung, zu Exportkrediten, über Anpassungsprotokolle zum Abkommen von Ankara und die Zulassung von Wertpapieren an der Börse.

Verkehrspolitik

24./25. Juni: Der Rat der Verkehrsminister einigt sich auf seiner Tagung in Luxemburg hinsichtlich des Luftverkehrs über die Tarife, die Kapazitäten und den Marktzugang der Fluggesellschaften, strittig bleibt die Entscheidung über die Kapazitäten und den Marktzugang bezüglich des britischen Flughafen von Gibraltair, nimmt im Güterkraftverkehr eine Erhöhung des Gemeinschaftskontingents für 1987 um 40% vor, berät über die Zulassung von Verkehrsunternehmen in einem anderen Mitgliedstaat, über den Zugang zum Beruf des Unternehmers im Binnenschiffsgüterverkehr, technische Überwachung, allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung, große Infrastrukturvorhaben und faßt Beschlüsse zu den AKP-Staaten, den EFTA-Ländern, zum Binnenmarkt, Verbraucherschutz, öffentlichen Mobilfunkdienst, Katastrophenschutz, Umweltschutz, zur Agrarpolitik und EGKS.

Europarat

25. Juni: Das Ministerkomitee nimmt die Euro-

päische Konvention gegen die Folter an und verabschiedet eine multilaterale Konvention, mit der international die Steuerflucht wirksamer bekämpft werden soll.

Telekommunikation

26. Juni: Die Kommission legt dem Rat, dem EP und dem WSA ein Grünbuch über Telekommunikation vor, das einen Überblick über die Probleme gibt, denen sich die EG gegenüber sieht, die durch wirtschaftliches Wachstum sowie durch einen ständigen und rasch fortschreitenden technologischen Wandel gekennzeichnet ist und legt die Grundzüge einer auf Gemeinschaftsebene durchgeführten Politik in diesem Bereich dar.

Allgemeine Angelegenheiten

27./28. Juni: Der Rat der Außenminister bereitet auf seiner Tagung in Brüssel den Europäischen Rat in Brüssel vor.

AKP-Staaten

29. Juni: Die Kommission verabschiedet einen Beschluß über die Durchführung der Entscheidung des AKP-EWG-Ministerrates über die vorzeitige Anwendung des Protokolls über den Beitritt Spaniens und Portugals zum Abkommen von Lomé III ab dem 1. Juli 1987.

Europäischer Rat

29./30. Juni: Im Mittelpunkt des Europäischen Rates in Brüssel stehen die Beratungen der Staats- und Regierungschefs über die Kommissionsvorschläge zur Reform der Agrarpolitik und der Erhöhung der Eigenmittel, besonders umstritten sind der Abbau der Währungsausgleichsbeträge, das Agrarpreispaket für 1987/88 sowie die Einführung einer Fettsteuer. In Sondersitzungen der französischen und deutschen Delegation wird ein Kompromiß erarbeitet, der auch von den anderen Teilnehmern akzeptiert wird. In den Schlußfolgerungen wird die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes als eine der Hauptaufgaben der EG genannt, der Ministerrat wird aufgefordert, die durch die Einheitliche Europäische Akte erfolgte Verbesserung des Entscheidungsprozesses zu nutzen, im Agrar- und Haushaltsbereich folgt der Rat weitgehend den Vorschlägen der Kommission. Als einziges Land verweigert Großbritannien die Schlußfolgerungen zu akzeptieren, da noch keine Mechanismen gegen zu hohe Ausgaben gefunden worden seien. Der Europäische Rat beschließt den Abbau der

positiven Währungsausgleichsbeträge bis zum Wirtschaftsjahr 1989/90 und legt ein neues System fest, das vor dem 1. Juli 1988 erneut geprüft werden soll. Zur Finanzierung des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltes sollen sämtliche Eigenmittel ausgeschöpft und Ausgabenkürzungen vorgenommen werden.

Verkehrspolitik

30. Juni: Der Rat der Verkehrsminister setzt seine Tagung vom 24./25. Juni in Luxemburg fort: die förmliche Genehmigung der auf der letzten Sitzung verabschiedeten Texte über eine Liberalisierung des Luftverkehrs scheitert am Veto Spaniens, das sich gegen die von Großbritannien geforderte Einbeziehung des Flughafens von Gibraltar in das Übereinkommen ausspricht.

Agrarpolitik

30. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel gemäß den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates mit qualifizierter Mehrheit auf die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1987/88, die ein Einfrieren der Stützpreise für die meisten Agrarprodukte sowie den Abbau des positiven Währungsausgleichs vorsehen.

Juli

Ministerrat

1. Juli: Der Ratsvorsitz geht von Belgien an Dänemark über.

Einheitliche Europäische Akte

1. Juli: die Einheitliche Europäische Akte, die im Februar 1986 unterzeichnet wurde, tritt in Kraft.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

1./2. Juli: Auf seiner 247. Plenartagung gibt der WSA Initiativstellungnahmen ab zur Wirtschaftslage in der EG Mitte 1987, zu den benachteiligten Inselgebieten, den Auswirkungen der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten sowie zu den Folgen des Unfalls von Tschernobyl und Stellungnahmen zur Angleichung der Rechtsvorschriften über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und flüssige Düngemittel, zu europaweiten öffentlichen digitalen Mobilfunkdiensten, zur zolltariflichen und statistischen Nomenklatur, Ent-

wicklung der sozialen Lage der EG im Jahr 1986, gemeinschaftlichen Umweltaktionen, zum Gewässerschutz, zu chemischen Erzeugnissen, zur Sicherheit von Spielzeug, zum Weinsektor, Straßenverkehr und zu multilateralen Handelsverhandlungen.

EPZ/Südkorea

2. Juli: Die zwölf Außenminister geben im Rahmen der EPZ eine Erklärung zu Südkorea ab, in der sie die jüngsten Entwicklungen als ermutigend betrachten und bringen zum Ausdruck, daß in diesem befreundeten Land mit der verantwortungsbewußten Mitwirkung aller politischen Kräfte das Ziel der Demokratisierung und der Wahrung der Menschenrechte erreicht werden möge.

Europarat

2. Juli: Die Sommersitzung der Parlamentarischen Versammlung befaßt sich in Lausanne in ihren Ausschüssen unter anderem mit Berichten zur Kultur und Wirtschaft, Interdependenz zwischen Nord und Süd, Flugsicherheit, zum Schutz der Wälder, zu Aktivitäten des Internationalen Roten Kreuz und dem Asylrecht. Auf einem Treffen der Mitglieder der Versammlung und Vertretern des Ministerkomitees stehen Gespräche über die Ost-West-Beziehungen im Mittelpunkt.

Haushaltspolitik

2./3. Juli: Der Ministerrat für Haushaltsfragen erstellt auf seiner Tagung in Brüssel den Entwurf des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltes Nr. 1/87, überarbeitet insbesondere die Einnahmeansätze und kürzt bestimmte obligatorische Ausgaben, beschließt, ab August die Erstattung der den Mitgliedstaaten bei der Erhebung der traditionellen Eigenmittel entstandenen Kosten um 400 Mio. ECU zu kürzen. Die Kostenerstattung wird wie die Tranche zur Erstattung der Vorschüsse aus den Mitgliedstaaten auf das Jahr 1988 verschoben.

Bundesrepublik Deutschland/Frankreich

5. Juli: Anläßlich des 25. Jahrestages der historischen Teilnahme von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle an einem Hochamt in der Kathedrale von Reims nehmen der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Premierminister Jacques Chirac an einem Hochamt in Reims zur Feier der deutsch-französischen Freundschaft teil.

Anden-Pakt

6./7. Juli: Eine Delegation aus den Mitgliedstaaten des Anden-Pakts stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche mit Kommissionspräsident Jacques Delors und Kommissionsmitglied Claude Cheysson über die Bilanz der bisherigen Zusammenarbeit, erörtert Möglichkeiten zur Fortsetzung der Kooperation, einigt sich darauf, daß im Dezember ein im Rahmen eines Kooperationsabkommens gebildeter gemischter Ausschuß erstmals in Brüssel zusammentreten soll und plant einen regelmäßigen politischen Gedankenaustausch zwischen beiden Organisationen.

Europäisches Parlament

6. - 10. Juli: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der belgische Ministerpräsident, Wilfried Martens, gibt eine Erklärung zum Europäischen Rat von Brüssel ab, in der er betont, daß das Hauptanliegen der belgischen Präsidentschaft die Verhandlungen über die Kommissionsvorschläge zur EG-Reform gewesen seien, man habe nicht ernsthaft erwarten können, daß der Brüsseler Gipfel bereits über die Höhe der Strukturfonds und der neuen Eigenmittel beschließen sowie die anderen Probleme lösen konnte, es sei aber Einigung darüber erzielt worden, die Probleme der Eigenmittel in einen neuen Rahmen zu stellen. Martens schlägt vor, das Jahr 1988 zum „Jean-Monnet-Jahr“ zu machen, da Monnet einer der ersten gewesen sei, der ein Konzept zur Europäischen Union vorgelegt habe. In einer gemeinsamen Entschließung zum Europäischen Rat bedauert das EP, daß der Rat in den wichtigsten Fragen keine Beschlüsse gefaßt habe, was auf den fehlenden politischen Willen innerhalb des Rates zurückzuführen sei. In einer feierlichen Sitzung spricht die Königin von Dänemark, Margrethe II, vor den Abgeordneten, erinnert an die Entwicklung der EG als historisches Unternehmen, durch das EP könnten sich die einzelnen Bürger für die Zukunft der Gemeinschaft engagieren. Anschließend gibt der dänische Außenminister Uffe Ellemann-Jensen das Tätigkeitsprogramm der dänischen Ratspräsidentschaft bekannt, betont die Entschlossenheit des Vorsitzes, eine solide Grundlage für den Ausbau des Einigungswerkes in den von der Einheitlichen Akte erfaßten Bereichen zu schaffen, er hoffe auf Fortschritte bei der Stärkung des EWS und bei der Zusammenarbeit im Bereich der Wechselkurse.

Die Verhandlungen über eine Finanzreform würden zügig fortgesetzt werden, für die EPZ seien folgende Bereiche von besonderer Bedeutung: das Ost-West-Verhältnis, die KSZE-Folgetreffen, die Lage in Afghanistan, der Nahe Osten, Libanon-Konflikt, Südafrika und die Menschenrechte. In einer Dringlichkeitsentschließung begrüßen die Parlamentarier, daß der südkoreanische Präsident die Oppositionsforderungen erfüllt hat, sie fordern die EG-Außenminister auf, weiterhin auf eine demokratische Lösung zu dringen, lehnen nicht - wie vom Haushaltsauschuß gefordert - den Berichtigungs- und Nachtragshaushalt für 1987 ab, dafür aber den Haushaltsentwurf für 1988 und verabschieden Entschlüsse zur Kernenergie, zu Steuerschranken in Europa, öffentlichen Lieferaufträgen, Sozialbilanzen und zur Einrichtung einer Vertretung der Kommission in Oslo.

Vereinigte Staaten

7. - 9. Juli: Der Vizepräsident der Kommission, Frans Andriessen, und Kommissionsmitglied Willy De Clercq statteten den Vereinigten Staaten einen Besuch ab und führen Gespräche über die gegenwärtige im amerikanischen Kongress zur Diskussion stehende Gesetzesvorlage für den Handelssektor (Trade Bill), den Stand der bilateralen Beziehungen und lehnen die von den Vereinigten Staaten eingebrachten Vorschläge zum Abbau aller Handelsbeschränkungen in der Landwirtschaft als „unrealistisch, nicht praktikabel und anfechtbar“ ab.

Umweltschutz

8. Juli - 19. Oktober: Die zweite Kreuzfahrt der Amerigo Vespucci, Schulschiff der italienischen Marine, nimmt im Rahmen des Europäischen Umweltjahres an der Operation „Aquarius“ teil.

Marokko

8. Juli: Der marokkanische Außenminister, Abdellatif Filali, übergibt ein an den Kommissionspräsidenten Jacques Delors und Ratspräsident Ellemann-Jensen gerichtetes Schreiben von König Hassan II von Marokko, in dem dieser um die Mitgliedschaft seines Landes in der EG ersucht.

Jugoslawien

10. Juli: Im Anschluß an die Handelsverhandlungen mit Jugoslawien werden drei Protokolle paraphiert, von denen eines vorsieht, daß Spanien

und Portugal Vertragsparteien an dem Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der EKGS und Jugoslawien werden.

Japan

10./ 11. Juli: In Tokio findet die 27. Runde der Konsultationen auf hoher Ebene zwischen der Kommission und Japan statt, auf der vor allem das hohe Handelsbilanzdefizit der EG beraten wird.

Wirtschaft und Finanzen

13. Juli: Der Ministerrat für Wirtschafts- und Finanzfragen einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel auf Maßnahmen zur Konjunkturbelebung im Falle einer weiteren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, lehnt die Forderung der Kommission nach einer sofortigen koordinierten Aktion zur Wachstumsbeschleunigung ab, einigt sich bei der Frage der finanziellen Konsequenzen für Spanien und Portugal aufgrund des Abbaus der Butterbestände, stimmt der von Großbritannien geforderten Senkung der Mehrwertsteuer für kleine und mittlere Unternehmen in diesem Lande zu und berät über eine Stärkung des EWS, den einheitlichen Finanzmarkt und den Abbau von Steuerschranken.

EPZ

13. Juli: Die Außenminister der EG treffen sich im Rahmen der EPZ in Kopenhagen, beschließen, die gegen Syrien verhängten Sanktionen zurückzunehmen und zeigen sich in einer Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen befriedigt über den Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie über die Möglichkeiten eines Abkommens über die Beseitigung nuklearer Mittelstreckenraketen, allerdings müßten den sowjetischen Absichtserklärungen „konkrete neue Fakten“ folgen. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher berichtet über den Besuch des Präsidenten, Richard von Weizsäcker, in der Sowjetunion. Weitere Beratungsthemen sind Südafrika, der Golf-Krieg und Afghanistan.

Agrarpolitik

13. Juli: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich auf seiner Tagung in Luxemburg hinsichtlich der Deckung der fehlenden 4,3 Mrd. ECU im Agrarhaushalt für 1987: ab November sollen die Vorschüsse der Kommission um zwei

Monate auf das Jahr 1988 verschoben werden, die nationalen Regierungen müssen die entsprechenden Summen vorschießen, dafür erhalten die ärmeren Länder eine pauschale Zinszahlung in Höhe von 6,8%; dieses Maßnahmenpaket soll jedoch nur für 1988 gelten.

Österreich

14. Juli: Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des österreichischen Parlaments, Jankowitsch, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die bilateralen Beziehungen, die Zusammenarbeit EG - EFTA und Aspekte der österreichischen Neutralität und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und der EG.

Europäischer Rechnungshof

15. Juli: Der Rechnungshof verabschiedet einen Sonderbericht über Verwaltung und Funktionieren der Prämienregelung im Tabaksektor und der Quoten-/Zusatzabgaberegulierung im Milchsektor.

Steuern/Binnenmarkt

15. Juli: Die Kommission legt Vorschläge zur Harmonisierung der indirekten Steuern vor: bei der Mehrwertsteuer sollen nur noch zwei Sätze zulässig sein, dabei soll der Normalsatz zwischen 14% und 20%, der ermäßigte Satz zwischen 4% und 9% liegen. Nullsätze für Güter des täglichen Bedarfs lehnt die Kommission ab, bei den Verbrauchssteuern müsse eine vollständige Harmonisierung stattfinden, sie soll vor allem für alkoholische Getränke, verarbeiteten Tabak und Mineralölprodukte gelten.

Allgemeine Angelegenheiten

20. Juli: Der Rat der Außenminister zeigt sich auf seiner Tagung in Brüssel über die möglichen Folgen einer Verabschiedung des amerikanischen Handelsgesetzes besorgt und kommt überein, im Teigwarenstreit mit den Vereinigten Staaten im Falle einseitiger amerikanischer restriktiver Maßnahmen bei den Einfuhren von Erzeugnissen aus den Vereinigten Staaten Schritte gleicher Wirkung zu unternehmen, erörtert den Stand der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan, die Beziehungen zu den EFTA-Ländern und den Stand der GATT-Verhandlungen, verabschiedet Änderungen zur Geschäftsordnung des Rates in bezug auf die Eröffnung des Abstim-

mungsverfahrens, nimmt Kenntnis vom Einvernehmen über das gemeinschaftliche Forschungsprogramm 1987 - 1991 und faßt Beschlüsse über die Zollunion und die Handelspolitik.

Umweltpolitik

21. Juli: Der Ministerrat für Umweltfragen einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel auf Richtwerte zur Reduzierung der Schadstoffemission von Kraftfahrzeugen, verabschiedet eine Richtlinie zur Begrenzung der Schadstoffemission bei Lastkraftwagen mit Dieselmotor und billigt die Absicht der Bundesrepublik Deutschland, ab 1988 den Verkauf verbleiten Normalbenzins zu verbieten.

Haushaltspolitik

23. Juli: Der Ministerrat für Haushaltsfragen einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel nicht über den Entwurf des Haushaltsplans 1988, legt einen gemeinsamen Standpunkt zum gemeinschaftlichen Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung (1987 - 1991) fest, das acht Aktionen umfassen soll, dessen Mittelbedarf sich geschätzt auf 5,396 Mrd. ECU beläuft, von denen 4,533 Mrd. ECU zur Durchführung von spezifischen Programmen gebunden werden müssen und faßt Beschlüsse zur Zollunion, zur Handels-, Agrar- und Fischereipolitik, zur Umwelt und zum Binnenmarkt.

Jugoslawien

23. - 25. Juli: Kommissionspräsident Jacques Delors stattet Jugoslawien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche über die Stellung Jugoslawiens gegenüber der EG nach der Vervollendung des Binnenmarktes und im Hinblick auf die Beziehungen EG - EFTA und EG - RGW.

Finnland

27. Juli: Der finnische Außenhandelsminister und amtierende EFTA-Präsident Salolainen stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Vervollendung des Binnenmarktes, die Beziehungen EG - RGW und die Stabstahlexporte der EG nach Finnland.

Kanada

29. Juli: Der Vizepräsident der Kommission, Karl-Heinz Narjes, und S.E. Daniele Molgar, Botschafter Kanadas, unterzeichnen zwei Kooperationsabkommen im Bereich der Forschung.

August

Vereinigte Staaten

5. August: Der Handelskonflikt zwischen der EG und Amerika wird beigelegt: die EG erklärt sich in einer Vereinbarung, die am 1. Oktober 1987 in Kraft treten soll und alle drei Monate überprüft wird, bereit, den Export von 50% der Nudelausfuhren aus der EG nicht mehr zu subventionieren und verpflichtet sich, die Exportsubventionen bei der verbleibenden Ausfuhrmenge um 27,5% zu kürzen.

Belgien

10. August: Die belgische Regierung beschließt, im Januar 1988 eine Autobahngelbst für Ausländer einzuführen und löst damit heftige Kritik anderer europäischer Staaten aus.

EPZ/Guatemala

13. August: Die Außenminister geben im Rahmen der EPZ eine Erklärung zum Friedensplan von Guatemala ab, in der sie diese Initiative begrüßen und ihre volle Unterstützung zusagen.

September

EPZ

3. September: Die Außenminister der Gemeinschaft verabschieden im Rahmen einer Tagung der EPZ eine Erklärung zum irakisch-iranischen Konflikt und zur Lage im Golf, bringen ihre Unterstützung für die Resolution 598 des UN-Sicherheitsrats zum Ausdruck, fordern ihre volle Anwendung, verurteilen die Angriffe auf Handelsschiffe im Golf und bekräftigen ihre Unterstützung für die freie Schifffahrt.

Binnenmarktpolitik

7. September: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik berät bei einem informellen Treffen in Kopenhagen die Vorgehensweisen und Grundsatzfragen im Zusammenhang mit der Vervollendung des Binnenmarktes bis 1992, wobei einige Minister bei der Frage der Mehrheitsabstimmung darauf hinweisen, daß einzelne Länder nicht ständig überstimmt und damit marginalisiert werden dürften und berät die von Belgien beschlossene Autobahngelbst, die von den anderen Mitgliedern und der Kommission abgelehnt wird.

Die französische Delegation legt ein Diskussionspapier vor, das beinhaltet, daß die technische Harmonisierung nicht dazu führen sollte, daß traditionelle Besonderheiten in einzelnen Ländern beseitigt werden, ein Gleichgewicht müsse zwischen der Standardisierung einerseits und der gegenseitigen Anerkennung nationaler Produkte andererseits aufrechterhalten werden, bei der Ausdehnung der Prinzipien des großen Binnenmarktes auf Produkte aus Drittstaaten sollte vorsichtig vorgegangen werden.

Agrarpolitik

8. September: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät bei einem informellen Treffen in Nyborg (Dänemark) die durch die Landwirtschaft verursachte Umweltverschmutzung, zu der Kommissionsmitglied Frans Andriessen das Programm der Kommission erläutert: sie wolle Vorschläge für eine weitere Beschränkung der Liste erlaubter Pflanzenschutzmittel sowie für die Verhinderung der Gewässerverschmutzung durch übermäßigen Düngereinsatz vorlegen und das Verursacherprinzip zur Anwendung bringen.

Weltbank

10. September: Der Präsident der Weltbank, Barber Conable, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die Koordinierung der Tätigkeiten der Kommission und der Weltbank.

Fischereipolitik

12./13. September: Der Ministerrat für Fischereiangelenheiten erörtert bei seinem informellen Treffen in Nyborg (Dänemark) die währungspolitische Lage, befaßt sich mit Veränderungen am EWS, beschließt, die Konvergenz der Wirtschaftspolitiken ständig mit Hilfe von makroökonomischen Indikatoren durch den Rat der Notenbankgouverneure überwachen zu lassen, von Fall zu Fall den Einsatz der Zinssätze zur Beeinflussung der Devisenmärkte zu prüfen, das Instrument der kurzfristigen Gemeinschaftsfinanzierung auszubauen, zur Kursstützung im EWS bereits vor Erreichen der oberen und unteren Interventionspunkte innerhalb der bestehenden Bandbreiten einzugreifen (intermarginale Intervention) und die Rückzahlung von Krediten in Zukunft zu 100% in ECU zu ermöglichen.

Europäisches Parlament

14. - 18. September: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten diskutieren die Haushaltsmittelkürzung für die europäische Forschung, verabschieden Entschlüsse zur Gewährleistung der Flugsicherheit, zur Einstellung des irakisch-iranischen Krieges und zur Freilassung politischer Gefangener in Chile und bitten in einer Dringlichkeitsentscheidung um die Begnadigung des in der Sowjetunion verurteilten deutschen Sportfliegers Matthias Rust.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

14./15. September: Der Rat der Außenminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Aufnahmeantrag Marokkos in die EG, kommt zu der Ansicht, daß eine Aufnahme nicht möglich sei, da es sich nicht um ein europäisches Land handle und auch nicht im Europarat vertreten sei, beschließt, dem Land eine engere Zusammenarbeit anzubieten, einigt sich nicht auf ein Verfahren für die Festlegung von Richtwerten für radioaktive Belastung von Nahrungsmitteln, beauftragt ihre Ständigen Vertreter, das Problem weiter zu behandeln und erörtert die Durchführung des Delors-Planes und des EG-Angebots zu tropischen Produkten bei den Genfer GATT-Verhandlungen.

Im Rahmen der EPZ verabschieden die Außenminister eine Erklärung zur israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, in der sie den Bau weiterer Siedlungen und den raschen Anstieg der Bevölkerung in den bestehenden Siedlungen als eine Gefährdung der Friedensaussichten bezeichnen, denn jede neue und bestehende Siedlung sei eine Verletzung des internationalen Rechts und fordert die israelische Regierung daher auf, die „illegale Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten“ zu beenden.

EGKS

15. September: Auf der 264. außerordentlichen Vollsitzung des Beratenden Ausschusses der EKGS in Luxemburg wird der Gesamtplan der Kommission betreffend die Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie in der EG beraten.

Ariane

15. September: Im Startzentrum Kourou auf Französisch-Guayana erfolgt der 19. Start der europäischen Trägerrakete Ariane.

Bildungspolitik/Cedefop

15./16. September: In Berlin findet die Jahrestagung des Informationsnetzes des Cedefop statt, dem Vertreter aller Mitgliedstaaten und der beteiligten Stellen angehören; erörtert werden die EDV-gestützte Erstellung eines Thesaurus und die Verbreiterung der Informationen über die Tätigkeiten der EG im Bereich der Berufsbildung in den Mitgliedstaaten.

Europarat

15. - 17. September: Die für Kultur zuständigen Minister beraten auf ihrer Sitzung in Sintra (Portugal) über die Ausweitung der Kulturbeziehungen zu den Staaten Osteuropas, Fragen der Kunstförderung sowie eine Verbesserung der kulturpolitischen Kontakte innerhalb des Europarates.

EUREKA

15.- 18. September: Die Forschungs- und Außenminister aus 19 europäischen Staaten verabschieden auf der 5. EUREKA-Ministerkonferenz in Madrid 58 neue Projekte mit den Schwerpunkten Robotik, Lasertechnologie, Informationstechnologie, Telekommunikation, Biotechnologie und Verkehrswesen; somit sind im Rahmen von EUREKA bereits 177 Projekte mit einem Finanzvolumen von annähernd 9 Mrd. D-Mark eingeleitet worden. Im Schlußkommunique wird in Ausnahmefällen auch die Beteiligung von Unternehmen und Forschungszentren des Ostblocks und aus Ländern, die nicht EUREKA angehören, in Aussicht gestellt.

Spanien

17. September: Der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzales stellt bei seinem Besuch in Bonn fest, das ein deutsch-französisches Vorgehen auch für das Europa der gemeinsamen Sicherheit „unverzichtbare Voraussetzung“ sei.

Haushaltspolitik

17./18. September: Der Ministerrat für Haushaltsangelegenheiten setzt seine Tagung vom 23. Juli in Brüssel fort, berät über den Entwurf für den Haushaltsplan 1988 und kann sich nicht einigen, so daß umgehend Überlegungen darüber angestellt werden müssen, welche Schritte zu unternehmen seien, um das Verfahren in Übereinstimmung mit den Verträgen fortzusetzen.

Bundesrepublik Deutschland/Frankreich

17. - 25. September: In Baden-Württemberg und Bayern findet die deutsch-französische Heeresübung „Kecker Spatz - Moineau Hardi“ mit 55 000 Soldaten der Bundeswehr und 20 000 französischen Soldaten der Force d'Action Rapide statt.

Kommission

19. September: In einer Feierstunde wird Emile Noel aus seinem Amt als Generalsekretär der Kommission in den Ruhestand verabschiedet.

Bundesrepublik Deutschland/Frankreich

19. September: In Erinnerung an die historische Rede „an die deutsche Jugend“ von Staatspräsident Charles de Gaulle vor 25 Jahren auf dem Ludwigsburger Schloßplatz findet ebenfalls dort ein deutsch-französisches Jugendtreffen statt.

Umweltpolitik

20. - 27. September: Im Rahmen des Europäischen Umweltjahres findet die europäische Woche „Wasserwirtschaft“ statt.

Industriepolitik

21. September: Der Ministerrat für Industriepolitik berät auf seiner Tagung in Brüssel über eine neue Quotenregelung für die Eisen- und Stahlindustrie und verabschiedet Beschlüsse zur Frage des Umweltschutzes und der Beziehungen zu den Mittelmeerländern.

Umweltpolitik

22. September: Die Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz einigen sich in Konstanz auf eine Verminderung der Schadstoffemissionen bei Lastkraftwagen und beraten über den Schutz der Ozonschicht, Störfallvorsorge und die Beendigung des „Mülltourismus“.

Agrarpolitik

22. September: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner Tagung in Brüssel über Maßnahmen zur Steuerung der Agrarmärkte und über Perspektiven der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

23./ 24. September: In Brüssel verabschiedet der WSA auf seiner 248. Plenartagung Stellungna-

men zum Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften, zu land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern, Preisen von Medikamenten und deren Erstattung, der Offenlegung der Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften, zu öffentlichen Bauaufträgen, Schaffung und Entwicklung von Unternehmens- und Innovationszentren, Steuern auf Geschäfte mit Wertpapieren, Umwelt und Beschäftigung, landwirtschaftlichen Einkommensbeihilfen, zur Reform der Marktorganisationen für Fischereierzeugnisse, zum Allgemeinen Zollpräferenzsystem und über die grenzüberschreitende Kooperation im sozialen Bereich.

EGKS

25. September: Auf der 265. ordentlichen Vollversammlung des Beratenden Ausschusses der EGKS in Luxemburg wird das Vorausschätzungsprogramm Stahl für das vierte Quartal 1987 und die Überprüfung der Aussichten des Marktes für feste Brennstoffe beraten.

Forschungspolitik

28. September: Der Ministerrat für Forschung genehmigt auf seiner Tagung ein Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung für die Jahre 1987 bis 1991.

Kommission

28. September: Als Nachfolger für den Anfang August verstorbenen Alois Pfeiffer tritt der bisherige bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Peter Schmidhuber, sein Amt als Kommissionsmitglied an.

Esprit

28. - 30. September: In Brüssel findet die 4. Konferenz Esprit mit mehr als 4000 Delegierten statt, die den Übergang zwischen der ersten und zweiten Phase des zehnjährigen Programms kennzeichnet.

Fischereipolitik

29. September: Der Ministerrat für Fischereifragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über eine gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und genehmigt Verordnungen zur Forschung in der Fischwirtschaft und technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände.

Oktober

Umweltschutz/Rhein

1. Oktober: In Straßburg wird auf der achten Konferenz zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung auf Ministerebene das Aktionsprogramm Rhein beschlossen, das im wesentlichen darauf abzielt, die ökologischen Bedingungen wiederherzustellen.

Marokko

1. Oktober: Die Gemeinschaft teilt Marokko mit, daß seinem Gesuch um Aufnahme in die EG aus „juristischen Gründen“ nicht entsprochen werden kann, da Marokko nicht zum „Europäischen Raum“ gehöre.

Haushaltspolitik

1. Oktober: Der Ministerrat für Haushaltsangelegenheiten setzt seine Tagung vom 18. September in Luxemburg fort, berät über den Entwurf des Haushaltsplan 1988 und stellt fest, daß nach wie vor Meinungsverschiedenheiten bestehen, die die Annahme des Entwurfs verhindern.

Europarat

1. - 8. Oktober: Die Parlamentarische Versammlung tagt in Straßburg, nimmt Entschlüsse an zu Südafrika, über die politische Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, das Gleichgewicht bei konventionellen Waffen in Europa, den Ausbau der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, fordert in einer Resolution die Aufhebung des von Frankreich verhängten Visumszwangs für die Einwohner einer Reihe mehrerer europäischer Länder, ruft die Mitgliedstaaten der EG und EFTA auf, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit rasch zu verwirklichen und gibt eine Reihe von Empfehlungen, um Unfälle in Kernkraftwerken zu vermeiden oder deren Auswirkungen zu verringern.

Haushaltspolitik

2. Oktober: Kommissionsmitglied Henning Christophersen, zuständig für Haushaltsfragen, erklärt, die Kommission werde eine Verletzungsklage gegen den Ministerrat einleiten, falls der Rat die im EWG-Vertrag vorgesehene Frist (5. Oktober) für die Erstellung eines Haushaltsentwurfes nicht einhalten sollte.

EPZ

3./4. Oktober: Der Rat der Außenminister erörtert bei einem informellen Treffen in Nyborg (Dänemark) die Haushaltskrise der Gemeinschaft, einigt sich darauf, den Regierungen eine weitere Frist von 48 Stunden einzuräumen, innerhalb der die Zwölf eine Einigung über den Haushalt für 1988 erzielen sollen und berät über das Ost-West-Verhältnis, die Lage im Nahen Osten und im Persischen Golf sowie die Situation in Mittelamerika.

Binnenmarktpolitik

5. Oktober: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg eine allgemeine Regelung zur Anerkennung von Hochschuldiplomen sowie über Fischerei, Forschung und Landwirtschaft.

Haushaltspolitik

6. Oktober: Der spanische Außenminister, Francisco Fernandez Ordonez, informiert den amtierenden Ratspräsidenten und dänischen Außenminister, Uffe Ellemann-Jensen, offiziell davon, daß seine Regierung den Haushaltsentwurf der Gemeinschaft für 1988 ablehnt.

7. Oktober: Da der Rat nicht in der Lage ist, vor dem im EWG-Vertrag vorgesehenen äußersten Termin – 5. Oktober – den Haushaltsentwurf für 1988 vorzulegen, fordern die Kommission und das EP den Ministerrat schriftlich auf, diesen innerhalb von zwei Monaten vorzulegen.

EPZ/Chile

9. Oktober: Die Außenminister veröffentlichen im Rahmen der EPZ eine Erklärung, in der sie für Chile ein Ende der Militärdiktatur sowie freie Wahlen und die Respektierung der Menschenrechte fordern.

Europäisches Parlament

12. - 16. Oktober: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Der irische Staatspräsident, Patrick Hillery, hält eine Rede, in der er sich für den Aufbau Europas unter Beachtung der berechtigten Interessen seiner Mitgliedstaaten ausspricht.

Die Abgeordneten beschäftigen sich mit der Stellung der Frau in der Gesellschaft, mit der Vervollständigung des Binnenmarktes sowie mit regionalpolitischen Maßnahmen, verabschieden mit 205 gegen 50 Stimmen (bei 41 Enthaltungen) eine Entschließung, in der eine europäische Sicherheits-

politik auf der Grundlage gleichzeitigen Bemühens um eine Politik der Verteidigung einerseits und eine Politik der Entspannung andererseits gefordert wird, fordern freie Religionsausübung und kulturelle Autonomie für die Tibeter, verteilen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, in El Salvador und Südafrika und beschließen zum Abschluß über den vom Rat nicht vorgelegten Haushaltsentwurf 1988, vor dem Europäischen Gerichtshof eine Untätigkeitsklage gegen den Rat einzureichen, falls dieser der Aufforderung zum Handeln nicht nachkomme.

Österreich

15./16. Oktober: Kommissionsmitglied Willy De Clercq nimmt an den jährlichen Konsultationen auf Ministerebene zwischen Österreich und der Gemeinschaft teil, auf der das Konzept Österreichs für eine Annäherung an die EG erörtert wird, das einen besonderen Schwerpunkt in einer weitgehenden und pragmatischen Beteiligung am Aufbau eines europäischen Wirtschaftsraums hat.

Zypern

19. Oktober: Der zyprische Außenminister, Georgios Iacovou, Ratspräsident Uffe Ellemann-Jensen sowie das für Mittelmeerfragen zuständige Kommissionsmitglied Claude Cheysson unterzeichnen in Luxemburg ein Assoziierungsabkommen zwischen Zypern und der EWG.

Belgien

19. Oktober: Die Übergangsregierung in Belgien läßt die Pläne für eine Autobahngebühr zum 1. Januar 1988 fallen.

Allgemeine Angelegenheiten

19./20. Oktober: Der Rat der Außenminister befaßt sich auf seiner Tagung in Luxemburg mit der Vorbereitung des Europäischen Rates in Kopenhagen sowie mit Vorkehrungen für den Fall anormaler Radioaktivitätswerte oder nuklearer Unfälle und führt einen Meinungsaustausch über den Fortgang der GATT-Runde und über die Beziehungen zum Golf-Kooperationsrat.

Agrarpolitik

19./20. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister berät auf seiner in Anschluß an eine Konzentrierungstagung mit dem Europäischen Parlament stattfindenden Tagung in Luxemburg Fra-

gen der landwirtschaftlichen Einkommensbeihilfen und faßt Beschlüsse über Agrarfragen und Fischereipolitik und beschließt mit qualifizierter Mehrheit formell die Verordnung über besondere Regeln für die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

ASEAN

21. Oktober: In Brüssel findet die dritte Plenartagung des Handelsrates EWG - ASEAN statt, auf der eingehend Mittel und Wege erörtert werden, den Handelsverkehr und die industrielle Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen auszubauen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

21./22. Oktober: Auf seiner 249. Plenartagung in Brüssel verabschiedet der WSA Stellungnahmen über die amtliche Lebensmittelüberwachung, zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, über ein europäisches Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT), zu einer Aktion der EG auf dem Gebiet der Lerntechnologie (DELTA), über ein Gemeinschaftsprogramm im Bereich der Informationstechnik und des Fernmeldewesens im Straßenverkehr (DRIVE), zur Förderung der beruflichen Rehabilitation und der wirtschaftlichen Eingliederung von Behinderten, zu einer die Geschwindigkeitsbegrenzungen in der EG betreffenden Mitteilung und zu dem Vorschlag für eine Entscheidung über die Finanzierung großer Infrastrukturen von europäischem Interesse.

EFRE

22. Oktober: Die Kommission genehmigt die Zuschüsse im Rahmen der 5. Tranche 1987 des EFRE sowie Zuschüsse für 18 Sonderprogramme im Rahmen der spezifischen Gemeinschaftsmaßnahmen zur regionalen Entwicklung in Höhe von 97,2 Mio. ECU.

Umweltpolitik

25./26. Oktober: In Noordwijk (Niederlande) findet die erste Konferenz der für Umweltfragen zuständigen Minister aus den Ländern der EG und der EFTA statt, auf dessen Eröffnungsrede der niederländische Umweltminister, Ed Nijpels, die Umweltverschmutzung als grenzübergreifend bezeichnet, die durch internationale Zusammenarbeit bekämpft werden müsse, wobei es auf die

Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostblocks ankomme. In der Schlußerklärung einigen sich die Konferenzteilnehmer auf eine engere Zusammenarbeit und auf die Abhaltung regelmäßiger Treffen.

Verkehrspolitik

26. Oktober: Die Verkehrsminister aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien und den Niederlanden einigen sich auf die Planung des Schnellbahnnetzes, das ab 1993 die fünf Länder verbinden soll.

Westeuropäische Union

26. - 29. Oktober: Der WEU-Ministerrat unterstreicht auf seiner Tagung in Den Haag in einem Kommuniqué den Wunsch der sieben Mitgliedstaaten, verteidigungspolitisch enger zusammenzuarbeiten, beschließt ein gemeinsames Verteidigungs- und Sicherheitsprogramm, weist jedoch darauf hin, daß die Sicherheit Westeuropas nur durch einen engen Zusammenhalt mit den Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO gewährleistet sei und berät das geplante Abkommen zur Beseitigung von Mittelstreckenwaffen in Europa sowie die Lage im Persischen Golf.

Europäisches Parlament

26. - 30. Oktober: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Kommissionspräsident Jacques Delors fordert in einer Erklärung zum Sturz der Aktienkurse an den internationalen Börsen eine Initiative der Gemeinschaft, um ihr Überleben zu sichern, denn obwohl die Krisensymptome deutlich gewesen seien, habe sich die Gemeinschaft nur unzureichend fortentwickelt, die Entscheidung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Zinsen zu erhöhen, war nicht vernünftig. Die Abgeordneten appellieren in einer Entschliebung an die Vereinigten Staaten, ihr Haushaltsdefizit so rasch wie möglich zu verringern, fordern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, eine Politik zu betreiben, die einen größeren Beitrag zum Wachstum und zum weltweiten wirtschaftlichen Gleichgewicht leistet, fordern einen totalen Einfuhrstopp für Kohle und Goldbarren aus Südafrika und sprechen sich einstimmig für deutlich niedrigere Grenzwerte für Radioaktivität in Nahrungsmitteln aus.

Sowjetunion

28. Oktober: Kommissionsmitglied Willy De Clercq empfängt in der Kommission in Brüssel den ersten sowjetischen Vizeminister für Außenhandel, Malkevich, zu dem ersten offiziellen Besuch eines sowjetischen Ministers, der um Gespräche über die Aussichten der Anknüpfung offizieller Beziehungen zwischen EG und RGW sowie den Handel zwischen der EG und der Sowjetunion gebeten hatte.

November

Allgemeine Angelegenheiten

8. November: Der Rat der Außenminister kommt zu einer Sondertagung in Brüssel zusammen und befaßt sich mit der Frage von Höchstgrenzen der Radioaktivität in Nahrungsmitteln, eine gemeinsame Leitlinie hierüber kommt trotz gewisser Fortschritte in einigen spezifischen Fragen nicht zustande.

Entwicklungspolitik

9. November: Der Ministerrat für Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen beschließt auf seiner Tagung in Brüssel ein Sonderprogramm zugunsten bestimmter armer und hoch verschuldeter Länder in Afrika südlich der Sahara und die Gewährung von Hilfen in Höhe von 100 Mio. ECU und berät über die Ernährungslage in Äthiopien, Fragen von Umwelt und Entwicklung, die Lage in den Entwicklungsländern Lateinamerikas und Asiens.

Norwegen

9. November: In Oslo wird eine neue Delegation der Kommission eröffnet.

Europäische Weltraum-Organisation

9./10. November: Der Ministerrat der ESA beschließt auf seiner Tagung in Den Haag (bei Enthaltung des Vertreters Großbritanniens) ein ESA-Langzeitprogramm bis zum Jahr 2000, billigt den Bau des europäischen Raketenprogramms „Ariane 5“ und der Raumfähre Hermes sowie die europäische Teilnahme am amerikanischen Raumprogramm Columbus, deren Kosten sich auf etwa 22 Mrd. D-Mark belaufen, von denen die Bundesrepublik ein Drittel übernehmen soll, wobei mindestens 90% der jeweils notwendigen Mittel durch Verpflichtungserklärungen

der Mitgliedsländer mit Ausnahme von Großbritannien bereits gesichert sind.

EWS

10. November: Die Zentralbank Portugals unterzeichnet eine offizielle Akte über ihre Teilnahme an dem Abkommen vom 13. März 1979 zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten der EG über die Funktionsweise des Europäischen Währungssystems.

Europäischer Rat

11. November: Zum ersten Mal treten der Präsident des EP, die Fraktionsvorsitzenden dieses Parlamentes und die Mitglieder der Kommission zur Vorbereitung des Europäischen Rates in Kopenhagen zusammen, was eine neue Entwicklung der interinstitutionellen Beziehungen darstellt und die Ernsthaftigkeit der Vorbereitung der Tagung dokumentiert.

EPZ

12. November: Im Rahmen der EPZ veröffentlichen die Außenminister eine Erklärung zum Angriff auf eine Lastwagenkolonne der Vereinten Nationen in Äthiopien durch die EPLF.

Frankreich/Bundesrepublik Deutschland

12. November: Bei den 50. deutsch-französischen Konsultationen in Karlsruhe einigen sich der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand über Details einer deutsch-französischen Brigade und vereinbaren einen deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrat sowie einen gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzrat.

Forschungspolitik

12./13. November: In Luxemburg findet ein Symposium über die Bewertung der Ergebnisse des ersten Jahres der transnationalen Zusammenarbeit zwischen industriellen Forschungsvereinigungen sowie die verschiedenen Gemeinschaftsmaßnahmen zur Modernisierung der herkömmlichen Industriezweige statt.

Schweiz

12./13. November: Der Bundesrat und Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements der Schweiz, Jean-Pascal Delamuraz, stattet der Kommission in Brüssel einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche über zahlreiche multilaterale und in-

ternationale Fragen, die mittelfristigen Perspektiven der Zusammenarbeit mit den EFTA-Ländern im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt, die Perspektiven der GATT-Verhandlungen (Uruguay-Runde) und die Ost-West-Beziehungen und erklärt, daß die Schweiz am Aufbau Europas teilnehmen wolle, ohne jedoch Vollmitglied der EG zu werden.

Umweltschutz

13. November: Die Kommission gewährt einen Zuschuß in Höhe von 1,6 Mio. ECU für die Durchführung von 26 Vorhaben zum Schutz der Wälder gegen die Luftverschmutzung.

Energiepolitik

13. November: Der Ministerrat für Energiefragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Lage auf dem Energiemarkt, erörtert die Entwicklung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen in der Gemeinschaft sowie die Förderung der Einführung der erneuerbaren Energiequellen auf dem Markt und die Erhöhung der Effizienz bei der Elektrizitätsverwendung sowie über die energiewirtschaftlichen Aspekte von Äthanol.

Wirtschaft- und Finanzpolitik

16. November: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen erörtert auf seiner Tagung in Brüssel die jüngsten Entwicklungen auf den Finanz- und Devisenmärkten, stimmt darin überein, daß eine stabile Marktlage für die künftige Wirtschaftsentwicklung in Europa und weltweit „von größter Bedeutung“ sei, zu dessen Zweck gemeinsame und koordinierte Bemühungen seitens aller Länder erforderlich seien und berät über die Schaffung eines europäischen Finanzrahmens, die Beseitigung der Steuergrenzen sowie eine gemeinsame Mehrwertsteuerregelung für Gebrauchsgegenstände.

Agrarpolitik

16.-18. November: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt auf seiner Tagung in Brüssel seine Aussprache über die Einführung von Agrarstabilisatoren in verschiedenen gemeinsamen Marktorganisationen fort, es gelingt ihm aber nicht, zu einer „Gesamtlösung“ zu kommen, obwohl er in einigen Bereichen einer Lösung nahekommt.

Europäisches Parlament

16. - 20. November: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten befassen sich mit den Überkapazitäten in der europäischen Stahlindustrie, sprechen sich für eine Fortführung des Systems fester Produktionsbeschränkungen für weitere drei bis vier Jahre aus, beraten die Reform des Strukturfonds, sprechen sich für eine Erhöhung der Gemeinschaftseinnahmen durch eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten auf die zwölf Mitgliedsländer, größere Haushaltsdisziplin durch Beschränkung der Ausgaben im Agrarbereich sowie für die Verstärkung der Hilfen für unterentwickelte Regionen und Industriezweige aus und verabschieden eine Entschließung angesichts des bevorstehenden Gipfeltreffens zwischen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow in der die Hoffnung zum Ausdruck kommt, auf eine „noch effizientere Zusammenarbeit auf internationaler Ebene“ und auf „entscheidende Initiativen unter Gewährleistung der Sicherheit Europas“.

Kanada

16./ 17. November: In Brüssel finden die halbjährlichen Konsultationen auf hoher Ebene zwischen der EG und Kanada statt, auf der eine Reihe bilateraler Handelsprobleme erörtert werden.

EGKS

17. November: Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der EGKS fassen einen Beschluß über die Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern für das Jahr 1988.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

18./ 19. November: Der WSA verabschiedet auf seiner 250. Plenartagung in Brüssel Initiativstellungen und Stellungnahmen zum Jahreswirtschaftsbericht 1987 - 1988 der Kommission, über ein Mehrjahresforschungs- und Entwicklungsprogramm der EWG auf dem Gebiet der technologischen Grundlagenforschung und der Anwendung neuer Technologien (Brite), über eine Revision des mehrjährigen Forschungs- und Ausbildungsprogramms der Euratom auf dem Gebiet des Strahlenschutzes, über eine Gemeinschaftsaktion auf dem Gebiet der Informationstechnologie und Telekommunikation (AIM), zur

Entwicklung eines Marktes für Informationsdienste, über das Grünbuch der Telekommunikation, zum Resider-Programm, Renaval-Programm, zum Schutz des Rheins, zu gefährlichen Stoffen, zur Zulassung von Verkehrsunternehmen und zur Sommerzeit.

Grönland

18./19. November: Auf Wunsch Grönlands finden Konsultationen in Kopenhagen statt, die zum Abschluß eines Abkommen führen, mit dem der EG für 1988 Fangmöglichkeiten in grönländischen Gewässern eingeräumt werden.

ASEAN

20. November: Eine Abordnung von Ministern der ASEAN-Mitgliedstaaten stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und führt Gespräche über die von der Kommission vorgeschlagenen Stabilisierungsmechanismen für pflanzliche Fette und Öle.

Allgemeine Angelegenheiten/EPZ

23./24. November: Der Rat der Außenminister setzt auf seiner Tagung in Brüssel die Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen fort und befäßt sich mit der Verstärkung der Haushaltsdisziplin, der Reform des Strukturfonds sowie der Umgestaltung des Systems der eigenen Mittel und Haushaltsungleichgewichte.

Am Rande der Tagung treffen sich die Minister im Rahmen der EPZ, veröffentlichen eine Erklärung zur Situation in Haiti und zur Lage in Mittelamerika und verurteilen das Eindringen südafrikanischer Truppen in Angola und den Aufenthalt des südafrikanischen Staatspräsidenten Botha in diesem Land als eine „provokative Aktion“.

Agrarpolitik

23. - 26. November: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt seine Tagung vom 16.-18. November in Brüssel fort und kommt wieder zu keiner „Gesamtlösung“ über die Einführung von Agrarstabilisatoren in verschiedenen gemeinsamen Marktorganisationen.

Internationale Nordsee-Schutzkonferenz

24./25. November: Auf der zweiten internationalen Konferenz zum Schutze der Nordsee in London fassen die Delegationen der Anrainerstaaten

eine Reihe von Beschlüssen zur Verminderung der Schadstoffeinführung sowie zur verstärkten Luftüberwachung.

Europarat

25./26. November: Das Ministerkomitee berät auf seiner Tagung in Straßburg die Ost-West-Beziehungen, Fortschritte bei der europäischen Zusammenarbeit sowie die Entwicklung in Mittelamerika, verabschiedet Richtlinien für die Kontakte des Europarates zu den Staaten Osteuropas, einigt sich auf Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Immunschwäche AIDS und unterzeichnet (mit Ausnahme von Irland und der Türkei) anschließend die „Europäische Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder entwürdigender Strafe oder Behandlung“.

Kulturstadt Europas

26. November: Der Vizepräsident der Kommission, Manuel Marin, und der für kulturelle Angelegenheiten zuständige Berliner Senator Hassemer stellen der Presse auf einer Veranstaltung „Berlin, die europäische Kulturstadt 1988“ vor.

EFTA

27. November: In Brüssel finden die halbjährlichen Begegnungen zwischen hohen Beamten der Kommission und der EFTA-Länder statt, auf dem neue mittelfristige Leitlinien für eine Verstärkung der Zusammenarbeit ausgearbeitet werden.

Fischereipolitik/ Norwegen - Schweden

28. - 30. November: Die jährlichen bilateralen Konsultationen zwischen der EG und Norwegen bzw. Schweden werden mit zwei Abkommen über die gegenseitigen Fangrechte und -bedingungen für 1988 abgeschlossen.

Allgemeine Angelegenheiten

29./30. November: Der Rat der Außenminister berät die bevorstehende Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen, erzielt in den Streitfragen der Reform der Agrarpolitik und der Finanzierung der Gemeinschaft keine Einigung, lediglich in der Frage der Haushaltsdisziplin gibt es „geringfügige Fortschritte“. Der amtierende Ratspräsident, Uffe Ellemann-Jensen appelliert an die Teilnehmer der Tagung von Kopenhagen, sich nicht in Details zu verlieren, um das Treffen

zu einem Erfolg zu machen, sei ein „überzeugendes Maß an politischem Willen“ notwendig.

EFTA

30. November: Das Kommissionsmitglied Willy De Clercq und die scheidende Vorsitzende des EFTA-Rates, Frau Gradin, erörtern die Bilanz der Zusammenarbeit zwischen der EG und den EFTA-Ländern während der vergangenen Jahre.

Binnenmarktpolitik

30. November: Der Ministerrat für Binnenmarktpolitik genehmigt auf seiner Tagung in Brüssel drei Beschlüsse zur Frage der Zollunion und berät Schalleistungspegel von Rasenmähern, die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen, Preisfestsetzung für Arzneimittel und die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen.

Europäischer Rechnungshof

30. November: Der Rechnungshof übermittelt gemäß Art. 84 der Haushaltsordnung dem für die Entlastung zuständigen und den anderen Organen seinen Jahresbericht über die Ausführung des Haushaltsplans der EG für das Haushaltsjahr 1986 und die Transaktionen der Europäischen Entwicklungsfonds.

Westeuropäische Union

30. November - 3. Dezember: Die 33. Ordentliche Tagung der WEU-Versammlung berät in Paris über Abrüstung, die Rolle Europas, die Auswirkungen des geplanten deutsch-französischen Verteidigungsrats sowie die im Oktober vom WEU-Ministerrat verabschiedete Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen.

Dezember

Arbeits- und Sozialpolitik

1. Dezember: Der Ministerrat für Arbeits- und Sozialfragen beschließt auf seiner Tagung in Brüssel ein fünfjähriges Programm zur Berufsausbildung von Jugendlichen und deren Vorbereitung auf das Erwerbsleben und berät über Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, ein Aktionsprogramm zugunsten Behinderter und ein Programm für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheit am Arbeitsplatz.

Europäisches Umweltjahr 1987

2. Dezember: Der Lenkungsausschuß des Europäischen Umweltjahres (EUJ) 1987 tritt in Brüssel zusammen und erörtert die Veranstaltungen, die zum Abschluß des EUJ vorgesehen sind.

Umweltpolitik

3. Dezember: Der Ministerrat für Umweltfragen berät auf seiner Tagung in Brüssel ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung durch Cadmium und ein Informationssystem zur Überwachung der Meeresverschmutzung, genehmigt Richtlinien über die Höchstgrenzen für Abgaswerte von Kraftfahrzeugen und erzielt Einvernehmen über eine Verordnung zur Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien.

Europäischer Rat

4./ 5. Dezember: Die Staats- und Regierungschefs erzielen auf der Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen keine Einigung über die Finanz- und Agrarfragen des vom Präsidenten der Kommission vorgelegten EG-Haushaltes und vertagt sich deshalb auf den 11. und 12. Februar 1988 zu einer Sondersitzung in Brüssel.

Im Rahmen der EPZ gibt der Rat Erklärungen zu den Ost-West-Beziehungen, zum Nahen und Mittleren Osten und zu Afghanistan ab.

Verkehrspolitik

7. Dezember: Der Ministerrat für Verkehrsfragen einigt sich auf seiner Sitzung in Brüssel auf Maßnahmen für mehr Wettbewerb im europäischen Luftverkehr und kommt zu keiner einheitlichen Meinung über die Liberalisierung im Luftverkehr.

Wirtschaft und Finanzen

7. Dezember: Der Ministerrat für Wirtschafts- und Finanzfragen genehmigt auf seiner Tagung in Brüssel den Jahreswirtschaftsbericht und die Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten für 1988.

EGKS

7. Dezember: Der Beratende Ausschuß der EGKS hält eine außerordentliche Vollsitzung in Luxemburg ab, um über den geänderten Vorschlag der Kommission über die Stahlpolitik zu beraten.

Industriepolitik

8. Dezember: Der Ministerrat für Industriefragen einigt sich auf seiner Sitzung in Brüssel auf eine Verlängerung des Quotensystems für die wichtigsten Stahlprodukte bis Ende 1990 unter der Bedingung von erheblichen Kapazitätsschließungen. Falls es bis Mitte 1988 nicht zu bindenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Überschußreduzierung kommt, läuft die Quotenregelung Ende Juni 1988 automatisch aus.

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

8. Dezember: Die Kommission leitet dem Rat, dem EP und dem WSA den Zwölften Jahresbericht über die Tätigkeit des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Jahre 1986 zu.

Innere Sicherheit

8./9. Dezember: Der Rat der für Sicherheitsfragen zuständigen Minister berät auf seiner Tagung in Kopenhagen über Asylpolitik, Fragen des Vismuszwanges sowie die Bekämpfung von Terrorismus, Drogenkriminalität und Gewalttätigkeiten von Fußballfans. Am Rande der Tagung kommt es auch zu einer Begegnung mit den Fachministern der Vereinigten Staaten, Norwegens und Österreichs bei der über Terror- und Drogenbekämpfung beraten wird.

Haushaltspolitik

9. Dezember: Der Ministerrat für Haushaltsfragen kommt auf seiner Tagung in Brüssel überein, daß es im Anschluß an die ergebnislose Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen nicht möglich sei, den Entwurf des Haushaltsplanes aufzustellen.

Agrarpolitik

10. Dezember: Der Rat der Landwirtschaftsminister beschließt auf seiner Tagung in Brüssel, Lebensmittel aus Überschußbeständen der Gemeinschaft kostenlos an Bedürftige zu verteilen und kann sich nicht über die Anwendung von Stabilisatoren einig.

USA

11. Dezember: Die Kommissionmitglieder Willy de Clerq und Karl-Heinz Narjes treffen mit dem amerikanischen Handelsminister William Vertity und dem Handelsbeauftragten Clayton Yeutter zusammen, um über das Ansteigen des amerikanischen Handelsbilanzdefizits und den Streit um

Subventionen für den europäischen Flugzeughersteller Airbus Industrie zu beraten.

12. Dezember: Eine amerikanische Delegation unter der Leitung von Außenminister George P. Shultz stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch im Rahmen der jährlich stattfindenden Konsultationen ab, um über die Uruguay-Runde, die internationalen Landwirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen Gespräche zu führen.

Allgemeine Angelegenheiten

14. Dezember: Der Rat der Außenminister beschließt auf seiner Tagung in Brüssel gegen die Stimmen der Bundesrepublik Deutschland, Dänemarks und Luxemburgs einen zweistufigen Plan, nach dem die nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl festgelegten Obergrenzen für die Radioaktivität von Lebensmitteln noch zwei Jahre gelten sollen. Bei künftigen Nuklearunfällen sollen jedoch deutlich höhere Strahlenbelastungen erlaubt sein.

EFTA

14./15. Dezember: Auf der Ministertagung des EFTA-Rates in Genf wird über die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft beraten. Die Minister begrüßen ein geplantes Treffen zwischen EG und EFTA über Fragen des Binnenmarktes und stimmen darin überein, daß zur Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen ein systematischer Prozeß gegenseitiger Informationen und Konsultationen notwendig sei.

Europäisches Parlament

14. - 18. Dezember: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Die Abgeordneten fordern mit knapper Mehrheit die Erweiterung des Kommunalwahlrechts für Ausländer auch auf Drittländer und beauftragen die Kommission, einen entsprechenden Richtlinienentwurf vorzulegen, verweigern ihre Zustimmung zur Neuordnung der Handelsbeziehungen zur Türkei, womit die Anpassung des Assoziationsabkommens der EG mit der Türkei auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Wegen des Fehlens eines Haushaltes für 1988 beauftragt das Parlament sein Präsidium, den Ministerrat vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen. In weiteren Abstimmungen lehnen die Parlamentarier die Beschlüsse des Ministerrates über künftige Grenzwerte bei Reaktorunfällen ab, stimmen den Finanzprotokollen

über die Zusammenarbeit mit Ländern Nordafrikas sowie dem Assoziationsabkommen mit Zypern und dem Kooperationsabkommen mit Jugoslawien zu und nehmen Stellung zu Menschenrechtsfragen, auch in bezug auf den Konflikt in den von Israel besetzten Gebieten.

Israel

15. Dezember: Die Gemeinschaft und Israel unterzeichnen Handelsprotokolle, mit denen die Auswirkungen des Beitritts von Spanien und Portugal zur Gemeinschaft berücksichtigt werden sollen.

Verkehrspolitik

16. Dezember: Der Ministerrat für Verkehrsfragen setzt in Brüssel seine Tagung vom 7. Dezember fort, kann erneut keine Einigung über eine Liberalisierung des Güterkraftverkehrs erzielen und vertagt das Problem auf das kommende Halbjahr.

Fischereipolitik

16. Dezember: Der Ministerrat für Fischereifragen setzt seine Tagung in Brüssel vom 14. Dezember fort und legt die Fangquoten für 1988 fest, die in ihrer Summe wenig von den Höchstfangmengen von 1987 abweichen.

RGW/Sowjetunion

16. Dezember: Das für auswärtige Beziehungen und Handelspolitik zuständige Kommissionmitglied Willy De Clercq trifft sich zu einem informellen Gespräch mit dem Sekretär des RGW, V. Sytchov. Mit dem Vizepräsidenten der Kommission für Außenwirtschaftsbeziehungen des Ministerrates der UdSSR erörtert er die Möglichkeiten für eine verstärkte handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

WSA

16./17. Dezember: Der WSA verabschiedet Stellungnahmen zu wissenschaftlichen Normen, Referenzmaterialien und -methoden, zur Verbesserung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, zum sechzehnten Bericht über die Wettbewerbspolitik, zu Börsen und Wertpapieren und zum periodischen Bericht über die sozio-ökonomische Lage und die Entwicklung in den

Regionen sowie zu Verkehrsinfrastrukturen und zum Güterkraftverkehr.

Binnenmarkt

18. Dezember: Der Ministerrat für Binnenmarktfragen einigte sich auf seiner Tagung in Brüssel über Richtlinien für den Umgang mit gefährlichen Chemikalien und zur Koordinierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über die direkte Schadensversicherung und erläßt eine Verordnung zur Aussetzung der allgemeinen Zollpräferenzen für Waren aus der Republik Korea und eine Verordnung zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten.

Verbraucherschutz

18. Dezember: Der Ministerrat für den Schutz und die Information der Verbraucher einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel auf eine gemeinsame Richtlinie für die Sicherheit von Spielzeug.

EGKS

18. Dezember: Der Beratende Ausschuß EGKS hält eine ordentliche Vollsitzung in Luxemburg ab, um eine jegliche Erhöhung der EGKS-Umlage abzulehnen.

Europäisches Film- und Fernsehjahr 1988

18. Dezember: Der Lenkungsausschuß für das Europäische Film- und Fernsehjahr 1988 tritt unter dem Vorsitz von Simone Veil zusammen.

Forschungspolitik

21. Dezember: Der Ministerrat für Forschung einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel auf eine Verlängerung des Europäischen Forschungs- und Entwicklungsprogramms auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT II) und stockt das Programm zur technologischen Grundlagenforschung (BRITE) auf.

Industriepolitik

22. Dezember: Der Ministerrat für Industriefragen einigt sich auf seiner Tagung in Brüssel einstimmig auf die Verlängerung des Quotensystems in der Stahlindustrie und billigt ein Hilfsprogramm zur Umstrukturierung von Industriegebieten mit Eisen- und Stahlindustrie (RESIDER).